

Wochenausgabe 25 Pf., monatlich 3,50 Pf., im voraus zahlbar, halbjährlich 18,00 Pf., einjährig 32,00 Pf., Postzusatz 2 Pf., 72 Pf. halbjährlich, 1,20 Pf. einjährig, abgenommen 6.— Pf. pro Monat für Löhner mit ermäßigtem Tarif...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“... „Kleinere Beiträge“ „Welt und Zeit“ „Ferner“ „Frauenstimme“ „Lohn“ „Bild in die Arbeiterwelt“ „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Groß-Berlin 20 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbildung... Die einseitige Kampfbildung... Die einseitige Kampfbildung...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Köpenick (A 7) 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. B. u. Disz.-Gef., Depositionsk., Jerusalemstr. 65/66.

Studentenkampf gegen Rowdys.

Für die Lehr- und Lernfreiheit auf der Berliner Universität.

In der gestrigen Kundgebung im Lehrereinschuss haben die sozialistischen Studenten folgende Entschlieung gefasst:

„Die Sozialistische Studentenschaft erhebt schärfsten Protest gegen die Vorgänge an der Universität. Die Terrorakte nationalsozialistischer Studenten an der Berliner Universität und anderen deutschen Hochschulen beweisen eine

planmäßige Vorbereitung gemeiner Ueberfälle gegen die andersdenkenden Studierenden. Das Verhalten der kommunistischen Studenten diente nur als Vorwand zu diesen systematischen Ausschreitungen.

Die von dem Rektor der Berliner Universität getroffenen Maßnahmen waren in keiner Weise geeignet, dem Rombdium der Nationalsozialisten wirksam entgegenzutreten. Vielmehr förderte die Unentschlossenheit und Nachgiebigkeit des Rektors gegenüber dem Terror der Nationalsozialisten die Entfesselung und die Ausdehnung dieser Krawalle.

Die sozialistischen Studenten werden sich wie bisher gegen das faschistische Rombdium zu wehren wissen. Mit der Mehrheit der Studierenden wollen sie die Universität als Stätte geistiger Arbeit erhalten und werden jeden Versuch bekämpfen, diese zu einem Tummelplatz randalierender Elemente zu machen. Die sozialistische Studentenschaft protestiert daher gegen das Verhalten des Rektors. Wir fordern

die Anwendung schärfster disziplinarischer Maßnahmen gegen die Verantwortlichen der letzten Krawalle und verlangen die Auflösung der nationalsozialistischen Gruppen an der Universität.

Wir fordern ferner die Einsetzung aller disziplinarischen und staatlichen Mittel durch die Universitätsbehörden zur Aufrechterhaltung eines geordneten Lehr- und Lernbetriebes und zur Verhütung weiterer Ausschreitungen.“

Eine ähnliche Entschlieung aller freiheitlichen Studentengruppen wurde gestern dem Rektor überreicht. Sie ist unterzeichnet von: Akademische Fliegergruppe im „Sturmoogel“; Deutscher Studentenbund, Kreis Berlin; Demokratische Studentengruppe; Deutscher Republikanischer Studentenbund; Freiheitliche Studentenschaft an der Universität; Hochschulgruppe der Volkernationalen Aktion; Jungdeutsche Studentengemeinschaft; Paneuropäische Studentengruppe; Studiengemeinschaft der Zentrumsstudenten; Sozialistische Studentenschaft; Sozialistischer Hochschulausschuss; Studentengruppe der Freien Turnerschaft; Volkskonservative Studentengruppe; Hochschulgruppe der Deutschen Volkspartei.“

Der Kampf der sozialistischen Studenten.

In einer überfüllten Kundgebung im großen Saal des Lehrereinschusses, die von den sozialdemokratischen Studenten am Mittwoch einberufen war, protestierten ein österreichischer und ein deutscher Redner unter dem stürmischen Beifall der Versammelten gegen die Krawalltaten der letzten Tage, die sich an der Wiener und Berliner Universität abgespielt haben.

Genosse Hisinger-Wien, der Leiter der österreichischen Sektion der sozialistischen Studentenschaft, ging besonders auf die nun fast zehnjährige Geschichte der Wiener Hochschulkrawalle ein. Die Nazis demonstrieren seit dem Bestehen der österreichischen Republik besonders gern an der Wiener Hochschule gegen die sozialistische Landesregierung von Wien, gegen ihre Maßnahmen der Studienreform, die Tausenden von Arbeitern die Hochschule eröffnen, gegen Verjudung und anderes mehr. In diesem Jahre war die Ablehnung des neuen Studentenrechts durch den Verfassungsgeschichtshof nur ein Vorwand. Vor allem sollte dem im Juli in Graz stattfindenden Bundestag der sogenannten deutschen Studentenschaft ein würdiger Auftakt bereitet werden. Österreicher waren es ja auch gewesen, die überhaupt die Klassenfrage und ähnliche wichtige Probleme in die Diskussion der Studententage hineingeworfen hatten. Mit dieser Klassenfrage sollen die Köpfe der bürgerlichen Intellektuellen, die keine gesicherte Existenz mehr haben, vernebelt werden. Es soll verhindert werden, daß

diese Schichten, die jetzt auch weiter nichts als Lohnempfänger sind, sich der Klassenbewegung der Arbeiterchaft anschließen.

Um diese Schichten müssen wir immer von neuem einen erbitterten Kampf mit der Reaktion führen.

Genosse Berlowitz, der Vorsitzende der deutschen sozialistischen Studentenschaft, Nagle insbesondere die Unschlüssigkeit und Zaghaftheit des Rektors der Berliner Universität an. Die nationalsozialistischen Krawalle ermöglicht und begünstigt zu haben. Der Rektor ist aber nur ein Vertreter des gesamten deutschen Bürgertums, das im Zeitalter der Notverordnung mit unerhörter Gleichgültigkeit der Not der Volksmassen und dem Verzweiflungsprodukt der notleidenden Kleinbürger, dem Faschismus, gegenübersteht. Angebliche Sozialisten verhehlen die studierende Jugend. Wegen sie richtet sich unser Kampf um eine wahrhaft sozialistische Bestimmung und um den Gedanken der sozialen Gerechtigkeit, der auch auf den Hochschulen durchgesetzt werden muß.

Die Polizei auf Universitätsboden.

Es hat in den letzten Krawalltagen besonderes Befremden erweckt, daß die Polizei in Wien den brutalen Ueberfällen auf linksstehende Studenten und Studentinnen tatlos zugehört und an reichsdeutschen Universitäten erst viel zu spät eingegriffen hat. In Oesterreich wie im Reich spielt dabei die Vorstellung eine Rolle, als ob die Universität das Recht habe, die Polizei aus ihren Mauern fern- und sie von ihrer Aufgabe abzuhalten, für Ordnung zu sorgen.

Von der Autonomie der Hochschule wird in einem ganz falschen Sinne gesprochen; man denkt dabei an eine Selbstständigkeit der Universität gegenüber der Polizei und den anderen Organen des Staates. Das ist falsch. Seit Jahrhunderten ist diese Autonomie verschwunden. Die Universitäten sind wie die übrigen Einrichtungen des Staates nichts als staatliche Organe mit allen daraus folgenden Pflichten. Die akademische Selbstverwaltung bezieht sich nur auf innere Dinge, auf Studienpläne, Vorlesungen, Doktorprüfungen, Zulassung der Privatdozenten, aber auch das nur, soweit der Staat durch seine Besetze der Universität diese Rechte verleiht. Der Staat kann sogar das höchste Hochschulrecht, das Promotionsrecht, jederzeit einer Fakultät oder einer Hochschule entziehen, wenn er glaubt, daß dafür ein Grund vorliegt. Der Rektor der Hochschule hat als Leiter dieser inneren Selbstverwaltung wie jeder andere Hausherr das Recht, die Hausordnung auszuüben; er kann also von sich aus oder mit Zustimmung der akademischen Organe Vorschriften über die Wahrung der Hausordnung erlassen und kann Studenten, die gegen die Hausordnung verstoßen, durch die Disziplinargerichte der Universität bestrafen lassen. Aber seine Machtmittel enden natürlich, wenn es sich nicht um leichte Vergehen gegen die Disziplinarordnung handelt, sondern um schwere Verstöße gegen die allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten. Um es ganz deutlich auszudrücken: Der Polizeipräsident von Berlin kann selbstverständlich jeden Augenblick die Universitätsgebäude besetzen lassen und für Ordnung sorgen, wenn die Machtmittel des Rektors versagen. Der Polizeipräsident hat sogar die Pflicht, das zu tun, wenn er es für notwendig hält. Bei früheren Unruhen hieß es, daß das Kultusministerium dem Innenministerium gegenüber auf die „Autonomie der Universität Berlin“ aufmerksam gemacht und das Innenministerium gebeten hätte, die Polizei nur dann einzusetzen, wenn der Rektor ausdrücklich den Einlass der Polizei wünschte. Eine solche Auffassung würde dem geltenden Recht widersprechen, die notwendige staatliche Ordnung gefährden und die Universität mit einer Verantwortung belasten, die ihr zu schwer ist. Es ist die höchste Zeit, daß die Staatsregierung in aller Öffentlichkeit feststellt, daß die Krawalle an den Universitäten nicht nur das deutsche Ansehen in der Welt empfindlich schädigen, sondern auch die öffentliche Ruhe und Ordnung stören und deshalb von der Polizei verhindert werden müssen. Die Regierung darf randalierende junge Leute, die auf Kosten des Staates studieren, nicht anders behandeln als andere Unruhestifter. Die Polizei darf sich nicht einreden lassen, daß im modernen Staat Rechtsauffassungen herrschen, die im Mittelalter ihre Berechtigung gehabt haben mögen. Während die deutsche Arbeiterschaft schwerste Opfer für den Bestand des Staates bringen muß, darf sich eine übermütige Jugend nicht erlauben, sich gegen die Autorität des Volksstaates in der schwersten Weise zu vergehen.

Völlige kommunistische Reorganisation.

Eine Versammlung kommunistischer Studenten im Nordischen Hof am Steintiner Bahnhof wurde gestern abend von der Polizei ohne Schwierigkeiten aufgelöst.

Charakteristisch für die kommunistische Studentenschaft ist es, daß die Berliner Leitung der „Roten Gruppe“ von der Reichsleitung abgesetzt wurde, weil sie angeblich zu reformistisch vorging. Wie wir erfahren, hatte ein mit dem weiteren antisozialistischen Kampf beauftragter Kommunist, der bezeichnenderweise kein Student ist, die Absicht, die Unruhen in der Universität mit den allgemeinen Unruhen außerhalb der Universität zu verbinden. Diese politische Klanderei wurde von allen Studenten von Linksgruppen einschließlich der Roten Studentengruppe strikte abgelehnt. Im Verlauf einer Funktionärsbesprechung zwischen den roten Studenten und KPD-Leuten entstand dann eine Schlägerei, die mit einem wilden Durcheinander in der Roten Studentengruppe endete. Durch müßige Beschimpfungen der bisherigen Funktionäre und durch unsinnige Kampfforderungen haben die KPD-Leute also erreicht, daß die ohnehin schon uneinheitslichen fünf kommunistischen Studentengruppen an der Universität völliger Auflösung überliefert sind. Das sind die Einheitsfrontparolen kopierender kommunistischer Revolutionäre!

Mehr Geld?

Hochkonjunktur für Wunderdoktoren.

Von Georg Decker.

Je unerträglicher der Druck der Wirtschaftskrise, um so stärker wird in den breitesten Schichten die Sehnsucht nach der Erlösung und der Glaube daran, daß es ein Mittel geben muß, mit dem man eine schnelle Abhilfe, ja, einen vollkommenen Umschwung bewirken kann. Ein Wunderglaube? Gewiß, aber ein Wunderglaube, der psychologisch geradezu zwangsläufig entsteht und den einfachsten Ueberlegungen entspringt. Es sind doch keine Naturkräfte, sondern menschliche Handlungen, die die Wirtschaft in Unordnung gebracht haben, es muß also in der menschlichen Kraft liegen, die Folgen der falschen Handlungen gutzumachen und durch richtige Handlungen die Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen und den allgemeinen Wohlstand herbeizuführen. Man braucht nur die Wurzel des Übels richtig zu erkennen und sie dann zu beseitigen.

Diese Ueberlegung ist an sich gar nicht falsch, sie enthält vielmehr einen ganz richtigen und sehr gesunden Gedanken. Die Wirtschaftskrisen werden durch menschliche Handlungen verursacht, und sie können nur durch die grundlegende Aenderung der Handlungsweise der Menschen, nämlich ihrer wirtschaftlichen Handlungsweise überwunden werden. Die große Frage ist aber die, wie man diese grundlegende Aenderung der wirtschaftlichen Handlungsweise verwirklichen kann, nämlich wie man die Menschen dazu bringt, daß sie sich in ihren wirtschaftlichen Handlungen nach einem der gesamten Gesellschaft gemeinsamen Ziel richten. Denn nur in diesem Falle würde es möglich sein, vom Gesichtspunkt des gemeinsamen Ziels überhaupt zwischen falschen und richtigen Handlungen zu unterscheiden. Sonst kann man nicht einmal einen Dieb überzeugen, daß er „falsch“ handelt, indem er seinen Beruf ausübt. Wirtschaftliche Handlungen, die zu einer Krise führen, müssen nicht in dem Sinne falsch sein, daß sie nicht zweckentsprechend sind, sie können vielmehr den Zwecken, die in der gegenwärtigen, d. h. in der kapitalistischen Wirtschaft von den einzelnen gestellt werden, vollkommen entsprechen und trotzdem in ihrer Wirkung auf das Schicksal der breiten Massen verheerend sein.

Mit der Frage nach der Möglichkeit, die Wirtschaftskrisen zu überwinden, wird das ganze Problem der Verwirklichung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgerollt. Damit gewinnt man aber kein Patentmittel für die unzerstörliche Aenderung der unerträglich gewordenen Lage. Indessen wollen viele diese Umgestaltung der Wirtschaftsordnung gar nicht, weil sie an dem kapitalistischen System in ihrem, richtig oder falsch verstandenen Interesse festhalten, die anderen wollen zwar diese Umgestaltung, verzweifeln aber, da sie entweder keinen Weg sehen oder vor den Schwierigkeiten des Weges erschrecken. Sehr viele sehen das ganze Problem überhaupt nicht, sondern lassen sich durch den Glauben leiten, daß es ein prompt und sicher wirkendes Mittel gegen das gegenwärtige Elend geben muß. Sie sind es vor allem, die den Wunderdoktoren nachlaufen, die jetzt geradezu massenweise mit ihren Patentmitteln auftreten. In dieser furchtbaren Krise hat sich eine Hochkonjunktur für die Wunderdoktoren entwickelt.

Der Wunderglaube unserer Zeit, aus einer tiefen Tragik des menschlichen Schicksals entstanden, darf kein Gegenstand der Verhöhnung sein. Von den Wunderdoktoren sind jedoch diejenigen als schlimmste Feinde zu bekämpfen, die diesen Wunderglauben zu dunklen politischen Zwecken mißbrauchen. Das ist aber nur ein Teil der vielköpfigen und sehr bunt zusammengesetzten Schar. Mancher andere wird durch den Ehrgeiz getrieben, als Retter aus der Not zu erscheinen. Man wird auf einmal populär, wenn man einen verblüffenden Rettungsplan veröffentlicht. Das Risiko, nachträglich blamiert zu werden, existiert für diese Wunderdoktoren aus Eitelkeit nicht, weil auch die Gefahr, daß ihre Pläne verworfen werden, nicht existiert. Es gibt aber noch eine dritte Gruppe, nämlich diejenigen, die selbst an ihre „Entdeckungen“ oder Erfindungen glauben, die, von ihrem eigenen Wunderglauben getragen, zum Sprachrohr der Massen der Gläubigen werden, die den vagen Vorstellungen eine äußerlich klare Form und eine angebliche wissenschaftliche Begründung geben.

Wir beobachten dabei die Wiederholung einer schon Jahrhunderte alten Geschichte. Die Rettung wird fast ausnahmslos auf einem Gebiete gesucht: sie muß von der Geldseite kommen, durch irgendwelche Geld- bzw. Kreditreform. Dies entspricht wiederum ganz primitiven und nahe-

Übermals vertagt!

Kein Fortschritt zwischen Paris und Washington.

Paris, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über die Hoover-Aktion sind am Mittwochnachmittag um 3.30 Uhr im Innenministerium fortgesetzt worden. Auch diese Beratung, die 1½ Stunden dauerte, führte zu keinem positiven Ergebnis. Ministerpräsident Daladier übergab der Presse nach der Sitzung folgendes Kommuniqué über die Beratung:

„Im Laufe der Sitzung haben Schatzsekretär Mellon und Vizepräsident Edge den Text eines Schriftstückes bekanntgegeben, das dazu bestimmt ist, Aufklärung über die Stellung der amerikanischen Regierung bei den im Gang befindlichen Verhandlungen zu geben. Dieses Memorandum läßt außer dem Willen der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen fortzusetzen, noch merkwürdige Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen zu erkennen. Das Dokument wird von der Washingtoner Regierung veröffentlicht, von den interessierten französischen Ministerien durchgearbeitet und im Laufe eines Ministerrats geprüft werden, der für morgen vormittag einberufen wurde. Die nächste Sitzung der französischen und amerikanischen Unterhändler findet Donnerstagabend um 9½ Uhr statt.“

Das Kommuniqué zeigt, daß bisher eine Annäherung zwischen dem französischen und amerikanischen Standpunkt nicht erfolgt ist. Der frühere Termin für die nächste Beratung ist darauf zurückzuführen, daß Ministerpräsident Daladier und Finanzminister Flandin am Donnerstagnachmittag in der Kammer festgehalten sind.

Kein neuer Hoover-Vorschlag.

Der amerikanische Botschafter in Berlin teilt mit: Kein Vorschlag im Sinne eines ergänzenden Angebots des Präsidenten Hoover an die verschiedenen Staaten, wie er in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde, ist von der amerikanischen Regierung an England, Italien oder Deutschland gemacht worden. Das amerikanische Staatsdepartement dementiert jede derartige Nachricht. Sollte eine Abänderung der vom Präsidenten Hoover vorgeschlagenen Suspendierung der Zahlungen in Erwägung gezogen werden, so würde sie selbstverständlich vorerst Frankreich mitgeteilt werden.

Von den politischen Forderungen abgerückt.

Der Reichskanzler hatte auch am Mittwoch eine Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin.

Die französische Regierung hat inzwischen die bisher im Zusammenhang mit dem Hoover-Plan von Deutschland geforderten politischen Garantien fallen gelassen.

Rom-Besuch erst nach der Pariser Reise.

Rom, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die italienische Regierung läßt halbamtlich erklären, daß der römische Besuch der deutschen Minister erst nach der Pariser

Begegnung stattfinden soll. In Paris solle jeder Verdacht vermieden werden, als könne es sich bei den Besprechungen in Rom um eine deutsch-italienische Sonderaktion handeln. Gegenstand der Besprechungen werde die weltpolitische Lage sein.

Rostaus Enttäuschung.

Seit dem Eingreifen des amerikanischen Präsidenten in die Reparationszahlungen beschäftigt sich der offizielle Sowjetrundfunk mit dem Hoover-Plan. Zunächst war man in Rostau mit allen Mitteln bemüht, die Unmöglichkeit des Hoover-Plans der Sowjetöffentlichkeit zu beweisen. Jetzt hat man eine neue Linie eingeschlagen. Es wurde zugegeben, daß der Plan eine leichte Entspannung für Deutschland bringen würde, die aber sehr trügerisch sei. Die revolutionäre Atmosphäre werde schließlich doch wieder anwachsen. In ganz langen Berechnungen versucht man zu beweisen, daß der Hoover-Plan Deutschland gar nicht helfen könne. Im übrigen nahm sich der Rostauer Rundfunk des amerikanischen Steuerzahlers an (1) und stellte die Frage,

mit welchem Recht Hoover mit dem Geld des amerikanischen Volkes disponiere.

ohne vorher den Kongreß zu befragen. Vielleicht werde ihm die Opposition einen Strich durch die Rechnung machen. Auch Frankreich nahm man sich in Rostau an. Es ist einladend, wie schnell die Herren vom Krent ihre außenpolitischen Linien wechseln können. Aus den interventionshungrigen „Lumpen Frankreichs“ ist das „arme Frankreich“ geworden, das der einzige Leidtragende dieser ganzen Hoover-Affäre sei. England spiele den Großmächtigen auf fremde Kosten und auch Hoover tue die ganze Sache nur, um dem siegreichen Vormarsch der kommunistischen Revolution entgegenzutreten. Er gehe Hand in Hand mit den deutschen Kapitalisten. Es sei Aufgabe der KPD, den Anschlag Americas gegen die deutsche Arbeiterschaft zu parieren.

Erst kürzlich klagte Goebbels im „Angriff“ sein Leid darüber, daß das Hoover-Memorandum gerade in dem Augenblick verkündet worden sei, wo sich Deutschland auf dem besten Wege zum allgemeinen Zusammenbruch befand, von dem die Nazis die Bewirtung ihrer Gewaltpläne erhoffen.

Ähnlich klingt es aus dem Munde der Volksgewissen: Der Hoover-Plan wird als eine fatale Störung ihrer Weltrevolutionen empfunden. Rostau vergießt Tränen der Rührung ob der Interessenschädigung der amerikanischen und französischen Kapitalisten. Man liest förmlich zwischen den Zeilen die Aufforderung der Sowjets an Frankreich, hart zu bleiben, um das Inkrafttreten des Memorandums zu verhindern.

Es zeigt sich deutlich, wie das ganze Gemüther der Hitler und Thälmann über die „Young-Planerei“ übersteht. Jede Erleichterung der Reparationslasten ist diesen Radikalen von rechts und links als eine Erschwerung ihrer demagogischen Agitation und als eine Durchkreuzung ihrer Pläne tödlich verhasst.

In Krisennot.

Die Entscheidung der Sozialdemokratie

Von Rudolf Hilferding.

Im neuesten Heft der „Gesellschaft“ legt Rudolf Hilferding dar, aus welchen Erwägungen heraus die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in eine Verschiebung der Einberufung des Haushaltsausschusses des Reichstags gewilligt hat. Er zeichnet ein Bild von der katastrophalen Lage, in der sich Deutschland am 16. Juni befand.

In dem Zeitpunkt, in dem die sozialdemokratische Fraktion ihre Entscheidung zu fällen hatte, am 16. Juni, hatte die Reichsbank annähernd 1000 Millionen Mark an Gold und Devisen verloren. Sie war an der Nähe der Golddeckungsgrenze angelangt. Eine Unterschreitung der Deckungsgrenze, die übrigens im Bankstatut vorgesehen ist, bedeutet augenblicklich eine Erhöhung des Bankdiskonts zunächst auf 9 Proz. Sie macht aber zudem Restriktionsmaßnahmen erforderlich, die eine Steigerung der Beunruhigung, weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Der Überbrückungskredit von 250 Millionen Mark für das Reich war gefährdet, es war nicht sicher, ob die Leberweisungen an die Länder am 19. Juli rechtzeitig erfolgen, die Auszahlung der Beamteneinkülfen und der Unterzügen in den Gemeinden gesichert wäre. Und zu alledem wären die nicht übersehbaren Wirkungen einer Steigerung der in der Entwicklung begriffenen Panik gekommen.

Die Regierung verhielt sich vollkommen starr. Sie lehnte nicht nur Forderungen der Rotverordnung, nicht nur die Einberufung des Reichstags ab, sie weigerte sich auch, durch Verhandlungen im Haushaltsausschuß eine Grundlage zu schaffen, auf der Vereinbarungen zur Beseitigung der schlimmsten Härten sich alsbald hätten ermöglichen lassen. Sie erklärte ihre Demission zu geben, wenn der Ausschuß einberufen würde.

Und dennoch! Verzichtete die Sozialdemokratie auf die Einberufung des Reichstags, auf die Aufhebung der Rotverordnung, übernahm sie dann nicht — wenigstens scheinbar — eine Verantwortung, die zu übernehmen unmöglich war? Die Verordnung hätte draußen im Lande und den Organisationsbeispiellose Enttäuschung geweckt, sollte die schuldige Regierung länger geduldet werden? Die Rotverordnung bringt die Sanierung nur für die Reichsfinanzen, sie überläßt den Gemeinden die Sorge für ein Defizit von einem Drittel bis zu einer halben Milliarde Mark. Auch die Nichteinberufung des Reichstags setzt der akuten Finanzkrise noch nicht mit Sicherheit ein Ende. Ist unter solchen Umständen nicht die Grenze überschritten, die taktischen Erwägungen gesetzt ist? Besteht nicht die Gefahr, daß diese Politik von den Massen nicht verstanden wird? Ist dies aber der Fall, dann sehen wir die Stärke der Partei und der Gewerkschaften auf das Spiel und wenn der Entscheidungstakt zwischen Faschismus und Diktatur, zwischen Aufrechterhaltung und Vernichtung der Sozialpolitik droht, dann gehen wir mit verminderter Kraft in den vielleicht doch unausweichlichen, schwersten Kampf.

Das Schicksal der Sozialdemokratie ist in der deutschen Situation zugleich Schicksal der Demokratie, damit Schicksal des Staates.

Denn nur ein Narr mag sich vorstellen, daß sich in Deutschland eine Diktatur gründen ließe ohne schwerste Erschütterung im

Innern, ohne stärkste Gegenstöße von außen, Erschütterungen, von denen sich nicht sagen läßt, ob sie von der geschwächten Kraft des deutschen Volkes noch überwunden werden können.

Wenn je, so dürfte in diesem Augenblick die Sozialdemokratie sich sagen: meine Zukunft ist die Zukunft der deutschen Republik, des deutschen Volkes. Nicht Verantwortung für die Partei stand gegen Verantwortung für das Ganze, beides fiel gerade in dieser historischen Phase zusammen.

Schwächung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften schwächt das festeste Bollwerk gegen Faschismus und Bolschewismus, das bisher Deutschland vor dem Zusammenprall im Bürgerkrieg, vor einer Katastrophe bewahrt hat. Sturz der Regierung Brüning — und nach ihren Erklärungen stand nichts anderes mehr zur Entscheidung — hätte es auch den Einsichtlosen oder Böswilligen unmöglich gemacht, die Sozialdemokratie mit irgendeiner Verantwortung für die Rotverordnung zu belasten. Sie hätte der Stimmung der Massen im Augenblick entsprochen, die eine offene Kampfhandlung mit Genehmigung begrüßt hätten.

Hätte aber diese Stimmung angehalten? Der Sturz der Regierung hätte die Panik vermehrt, hätte die wirtschaftliche Lage akut verschlechtert. Die Aussichten auf eine Verbesserung der Rotverordnung hätten sich verringert. Die neue Regierung wäre eine Regierung des offenen Verfassungsverfalls und der Ausschaltung des Reichstages geworden. Denn die starken Kräfte, die zu dieser Lösung drängen, wären übermächtig geworden, wenn der Sturz der Regierung Brüning von links her erfolgt wäre.

Der Sturz der Regierung hätte die Aussichten auf eine Erleichterung von außen, auf einen Erfolg der Schritte zur Verringerung der Reparationslasten zunächst verschüttet.

Und die Zukunft der Partei? Der Sturz der Reichsregierung hätte die Räumung der Position in Preußen und den anderen Ländern zur unausweichlichen Folge gehabt. Braun und Severing hätten sich nicht zu Mitteln einer Rechtsregierung machen können, deren erster Schritt die Verhängung des Ausnahmezustandes gewesen wäre. Wir hätten den Kampf gegen die neue Regierung gar nicht mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen können, wenn sozialdemokratische Minister und Parteipräsidenten für die Einsetzung der staatlichen Nachmittels gegen die kämpfenden Massen die Verantwortung hätten tragen müssen.

Das Ziel der Hugenberg und Hitler, die völlige Vernichtung sozialdemokratischer Machtpositionen, es wäre reiflos erreicht worden. Und wären wir dann nicht von den Massen für diese Folgen verantwortlich gemacht worden, die wir doch hätten voraussehen müssen?

Und doch blieb die bange Frage, was dann, wenn trotz der Vermeidung der Krise im Augenblick die Gefahren fortdauern, der Kampf doch unausweichlich wird?

Die Gefahren, die der Sturz der Regierung Brüning in diesem Augenblick heraufgeführt hätte, standen sichtbar vor aller Augen, waren sicher und konnten von niemandem bestritten werden. Sie mußten deshalb vermieden werden. Die Gefahren, die uns jetzt

liegenden Überlegungen. Die Not bedeutet doch für jeden einzelnen nichts anderes, als daß er zu wenig Geld hat. Während der Krise haben die meisten zu wenig Geld. Die Arbeiter oder überhaupt „keine Leute“, um das Notwendige zu kaufen, die Unternehmer, um ihre Betriebe weiterzuführen. Wo kommt aber das Geld her? Vom Staat — das weiß wiederum jeder. Also muß der Staat dafür sorgen, daß mehr Geld da ist, und da wird es besser gehen. Nun weiß man auch, daß nicht alles gleich in bar bezahlt, sondern vieles auf Kredit gekauft und verkauft wird. Also bedeutet mehr Kredit dasselbe wie mehr Geld. Den Kredit bekommt man von den Banken, also müssen die Banken mehr Kredit geben, um die Wirtschaft zu beheben. Man hört nun aber etwas davon, daß die Geldschöpfung auf irgendeine Weise geregelt wird, daß der Staat bei der Ausgabe des Geldes keine freie Hand hat, daß vielmehr die Zentralnotenbanken (in Deutschland die Reichsbank) die Wirtschaft mit den Geldmitteln versorgen, und daß sie an der Golddeckung gebunden sind. Hier liegt ein besonders faszinierender Punkt, hier gewinnt das Wunder seinen Glanz und Klang. Die geheimnisvolle Verbindung des Geldes mit dem Gold übt eine besonders starke Wirkung aus. Entweder richtet sich der Haß gegen das Gold als gegen eine verhängnisvolle Macht, und es wird gefordert, daß das Geld und damit die Menschheit von dieser Macht befreit wird. Oder aber es wird im Gold, in seiner geldschöpfenden Kraft die Rettung gesehen. Wenn jemand noch dazu etwas von der Wirkung der Entdeckung neuer Goldgruben gehört hat, so entsteht schon fast von selbst ein richtiger Mythos von der befruchtenden Kraft des Goldes.

Wertwürdig kreuzen sich in der Geschichte verschiedene Strömungen. In den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts tobte in Amerika der Kampf um die Währung. Eine große Volksbewegung entstand, um zu verhindern, daß dem Silber seine Rechte zugunsten des Goldes geraubt werden. Es wird für uns sehr lehrreich sein, bei der Gelegenheit einiges aus der Geschichte jener Zeit näher zu betrachten. Der Kampf für den „Bimetallismus“, d. h. für die Deckung des Geldes durch die beiden Metalle, durch das Gold und das Silber, war zugleich ein Kampf für die sich entwertende Währung und für die höheren Preise. Dieser Kampf hat auf die Kreditlage der Vereinigten Staaten verheerend gewirkt; es entstand eine Vertrauenskrise Amerikas gegenüber, welches damals der große Kreditnehmer Europas war. Die Krise von 1893 wurde in Amerika durch die Kreditpanik außerordentlich verschärft. Unter dem Einfluß der so kritisch zugespitzten Entwicklung wurde der Streit zugunsten des Goldes entschieden. Die Zeit, in der Amerika endgültig zur reinen Goldwährung übergegangen ist, war zugleich die Zeit des mächtigen wirtschaftlichen Aufschwungs, der durch die Beseitigung der Vertrauenskrise ermöglicht, dann aber durch andere Antriebe bedingt wurde. Als Folge entstand und verwurzelte sich sehr tief die Vorstellung von der starken und unmittelbaren Abhängigkeit der Prosperität von der Fülle des Goldes.

Es ist nicht leicht, allen falschen Vorstellungen, allen Abarten des Wunderglaubens auf diesem Gebiete mit Erfolg entgegenzutreten. Die Wunderdoktoren haben auf ihrer Seite zwei große Trümmer: die Primärität des Denkens und die verlockende Wirkung ihrer Versprechungen. Es ist außerordentlich schwierig, die Leute, die keine Kenntnisse von komplizierten wirtschaftlichen Zusammenhängen haben, über die Geld- und Kreditfragen aufzuklären. Das muß aber geschehen. Es muß der Propaganda entgegengetreten werden, die jetzt zu einer ernsthaften Gefahr geworden ist. Denn darüber muß man sich klar sein: in einer Zeit, in der das Vertrauen zur Kreditwürdigkeit der deutschen Wirtschaft und namentlich der deutschen Kreditinstitute in der Welt ohnedies schwer erschüttert ist, ist es zweifelsohne eine weitere und beträchtliche Schädigung des deutschen Kredits, wenn man die Vorstellung aufkommen läßt, daß in Deutschland noch irgend welche Experimente mit dem Gold und dem Kredit möglich sind. Unter solchen Umständen kann die Unwissenheit zu einer großen vernichtenden Macht werden, namentlich wenn sie mit einer bewußten oder unbewußten Scharlatanerie gepaart ist.

Ueber die Geld- und Kreditfrage wird auch in der Wissenschaft sehr eifrig diskutiert. Die Fragen der Geld- und Kreditpolitik und namentlich das Problem der internationalen Politik auf diesem Gebiete stehen schon seit Jahren im Vordergrund. Aus dieser Diskussion sind auch manche erwägenswerte Anregungen entstanden. Leider leben wir in der Hochkonjunktur der Wunderdoktoren. Mancher Vorschlag, der viel für sich hat, der aber entweder überhaupt eine untergeordnete Bedeutung hat oder nur unter gewissen Voraussetzungen als eine währungstechnische Reform von seinen Urhebern selbst empfohlen wird (wie z. B. die internationale Vereinbarung über die allmähliche Herabsetzung der Golddeckung), kann in dieser Zeit eine ganz besondere Resonanz finden. Was von dem einen als eine mit größter Vorsicht durchzuführende internationale Reform angeregt wird, wird von dem anderen als Patentmittel für die deutsche Not mit sofortiger Wirkung empfohlen. Während die Reichsbank in einem schweren Kampf um die Erhaltung der vorhandenen Golddeckung steht, um das Vertrauen zu der deutschen Kreditwürdigkeit wiederherzustellen, laufen schon die Wunderdoktoren herum und erzählen, was alles gemacht werden kann, wenn man das Gold der Reichsbank „frei“ macht und die Reichsbank den Banken die Unterlagen für eine kolossale Erweiterung ihrer Kreditgewährung schafft.

Kein gefühlsmäßig neigen sehr viele jetzt dazu, von vornherein für diejenigen Partei zu nehmen, die die unbequeme Last des Wissens beiseite schieben und vor allem an die Sehnsucht nach der Rettung appellieren. Eben diese seelische Einstellung schafft einen so günstigen Boden für die Wunderdoktoren. Aufklärung tut not, mit Aufklärung allein werden aber die Kranken, die sich jetzt an die Wunderdoktoren wenden wollen, nicht kuriert. Es muß gehoffen werden! Das heißt aber, daß endlich die Politik gemacht wird, die zwar keine Wunder wirkt, da Wunder unmöglich sind, die aber alles das tut, was wirklich für die Milderung der Not und die Wiederbelebung der Wirtschaft getan werden kann.

Die Tuilerien auf Schwanenwerder

Das schöne Eiland in der Havel war früher Halbinsel. Vor einer Reihe von Jahren ist es durch einen Damm mit dem Festlande verbunden worden. Große Villen, kleinen Schlössern gleich, stehen umgeben von weiten gepflegten Gärten. Und inmitten dieser modernen Wohnungen reicher Leute steht der Rest einer Ruine. Eine schlanke Säule in dem feinen graziösen Stil einer vergangenen Zeit, die mit einem Mauerrest in gleicher Höhe zusammenhängt. Das verwitterte und altersmorsche Gestein ist von Efeu umspinnen. Man glaubt zuerst, die Ruine eines Bauwerkes aus der Zeit Friedrichs II. vor sich zu haben. Doch die Inschrift „Fragmente der Tuilerien 1564—1871“ belehrt mich eines anderen. Nach einigem Suchen findet man auf der Rückseite des Granitsteines noch einen kleinen, kaum mehr leserlichen Vers:

Dieser Stein vom Seinestrande,
Hergespflanzt in deutsche Lande,
Ruht dir, Wanderer, mahnend zu:
Glück, wie wandelbar bist Du!

Auf Nachfragen erfährt man, das alte Steinbild sei ein Fragment der Tuilerien. Und zwar hätte Herrmann Wessel die Ruine um 1880 herum aus Frankreich eingeführt und auf der Insel aufstellen lassen. Wessel erschloß Schwanenwerder, bebaute es und vermietete die Villen. Beim Bau des Aussichtsturms, der, weniger schön als hoch, auf der Insel steht, sind übrigens auch Ausgrabungen gemacht worden. Steinbeile, Steinmesser

und Töpfe. Der Ort, an dem die Altertümer gefunden wurden, ist durch einen Felsstein mit einer Inschrift gekennzeichnet.



Ein Stück der Tuilerien an der Havel.

Polizei in Verbindung. Dabei stellte sich überraschend heraus, daß Frau H. den Jungen am 28. März als ihr eigenes Kind beim Standesamt angemeldet hatte. Sie erzählt, daß sie bei einer Droschkenfahrt in Berlin plötzlich niedergelassen sei. Ihr Mann glaubte auch an den Schwindel, bis die Polizei die Vorgänge klärte. Der Frau Hauptmann war es hauptsächlich darum zu tun, die verschiedenen Vergünstigungen für Wöchnerinnen zu erlangen und Geldunterstützungen zu beantragen. Die Schwindlerin wurde festgenommen und das Kind der Hamburger Fürsorge übergeben.

Ferienreiseverkehr beginnt.

Die ersten Vor- und Nachzüge.

Obwohl schon am letzten Tage des Juni der Ferienreiseverkehr sich durch lebhaften Betrieb auf den Berliner Fernbahnhöfen bemerkbar machte, konnte er doch mit den üblichen fahrplanmäßigen Zügen bedient werden. Am 1. Juli mußten dagegen eine ganze Anzahl von Vor- und Nachzügen, insgesamt 39, eingelegt werden, um dem Ansturm der Reisefreudigen begegnen zu können. Vom Anhalter Bahnhof wurden 10 Vor- und Nachzüge abgefahren, davon 5 nach Frankfurt a. M., 4 nach München und 1 nach Dresden/Bad Schandau. Vom Silesener Bahnhof fuhren 8 Vor- oder Nachzüge nach Swinemünde, von der Stadtbahn nach dem Ostn 11, davon 6 nach Schlesien, vom Lehrter Bahnhof 3 nach Hamburg, vom Görlitzer Bahnhof 4 in Richtung Görlitz, von der Stadtbahn 2 in Richtung Westen und vom Potsdamer Bahnhof 1 nach dem Harz. Außerdem verließen am 1. Juli 12 vollbesetzte Feriensonderzüge die Reichshauptstadt. Davon fuhren 4 nach München, je 2 nach Königsberg und nach der Nordsee und je 1 nach Basel, Köln, Barnemünde und nach dem Riesengebirge. Der stärkste Verkehr wird für heute erwartet.

Billige Wochenendfahrten

nach Kopenhagen 18. bis 19. Juli und 1. bis 2. August, nach der Insel Rügen 15. bis 16. August. Preis der Fahrt: nach Kopenhagen 20 Mark, nach Rügen 14 Mark ab Berlin und zurück.

Gutscheinkarten für Teilnehmer sind bei den bekannten Stellen (s. „Vormärts“-Ausgabe vom 25. Juli) oder direkt beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu haben.

Mörder seiner Kinder.

Alle vier mit der Axt erschlagen.

Neumarkt (Oberpfalz), 1. Juli.

Der verwitwete 33jährige Maurer Michael Stiegler von Pollanten kam in der Nacht zum Montag früh gegen 1 Uhr betrunken nach Hause und verließ seine Wohnung früh gegen 6 Uhr. Am Montagmorgen wurde die grauenhafte Entdeckung gemacht, daß Stiegler in dieser Zeit seine vier schlafenden Kinder im Alter von acht, neun, zehn und 16 Jahren mit einer Axt erschlagen hat. Der Täter ist flüchtig, und zwar nimmt man an, daß er die Richtung Neumarkt eingeschlagen hat.

Haftbefehl gegen die Brüder Heckendorf.

Gegen die Brüder Walter und Franz Heckendorf wurde vom Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium Haftbefehl erteilt. Dem beschuldigten Walter Heckendorf wurde schwere Diebstahl in zwei Fällen und zwar in strafverschärfendem Rückfall vorgeworfen, dem Kunstmaler Franz Heckendorf wurde schwerer Diebstahl in einem Falle und Hehlerei zur Last gelegt. Der Haftbefehl wurde auch deshalb erteilt, weil Verdunkelungsgefahr besteht.

Schuß auf Reichswehrsoldat.

Die Täter noch unbekannt.

Am Mittwoch wurde im Grunewald der 28 Jahre alte Kraftfahrer-Unteroffizier der Reichswehr Fritz Koch, der dem Waffennamen in Charlottenburg zugeteilt ist, von einem unbekannt gebliebenen Mörder angeschossen. Koch, der bei dem Landposten am Torigraben Anzeige erstattete, mußte nach dem Hildegard-Krankenhaus gebracht werden. Dort stellte sich heraus, daß der Schuß aus nächster Nähe auf den Unteroffizier abgegeben worden ist. Die Kugel ist unterhalb der Rippen eingedrungen und im Gefäß stecken geblieben.

Der Blutverlust hatte den Verletzten so geschwächt, daß anfänglich von einer Vernehmung abgesehen werden mußte. Später konnte Koch die Einzelheiten des Voralles berichten. Er war am Mittwochvormittag in Zivilkleidung mit einem Hardschwanen mit der Nummer JA 2824 nach dem Grunewald hinausgefahren und hatte sich um 10 bis 20 Schritten von der Straße entfernt. In einer Entfernung von etwa 20 bis 30 Schritten sah er plötzlich zwei Leute ebenfalls im Gras sitzen und liegen, die sich, wie ihm schien, mit Zeitunglesen beschäftigten. Gleich darauf wurde der Unteroffizier gewahr, daß einer der Männer herbeigekommen war und sich an dem Auto zu schaffen machte. Koch stand auf und erhielt er von dem Fremden einen Schlag mit einem Gummischlauch. Auch der zweite

kom herbei, und er war es, der auf den Unteroffizier einen Schuß abgab. Wahrscheinlich war es eine Waffe vom Kaliber 6,35 Millimeter. Koch brach zusammen, und die beiden Angreifer flüchteten in südlicher Richtung nach Schildhorn zu. Das Ueberfallkommando, das den Grunewald in diesem Teil absuchte, griff zwar zwei Leute auf, doch zeigte sich bei der Gegenüberstellung mit dem Unteroffizier, daß sie für den Anschlag nicht in Frage kommen. Die Täter waren wahrscheinlich entweder Autodiebe oder sogenannte „Spanner“, die im Grunewald ihr Unwesen treiben. Die Untersuchung zur Aufklärung wird jetzt vom Raubdezernat A 5 geführt, das Mitteilungen von Spaziergängern, die etwas gesehen haben, erbittet.

Seltene Kindesunterschlebung.

Einer Kindesunterschlebung mit seltenen Begleitumständen ist die Polizei dieser Tage auf die Spur gekommen. Im Februar dieses Jahres machte eine junge Hausangestellte in der Frauenklinik Siegelstraße kurz vor ihrer Niederkunft die Bekanntschaft einer Frau, die sich als Gattin eines Hauptmanns a. D. H. aus Hamburg vorstellte. Das junge Mädchen willigte darin ein, das erwarbete Kind von Frau H. adoptieren zu lassen. Am 26. März wurde das Kind, ein gerade vier Tage alter Junge, von der Hamburgerin in Empfang genommen. Als die Adoptivmutter überhaupt nichts von sich hören ließ, setzte sich die Hausangestellte mit der

Die Dreizimmerwohnung befand sich unter dem Dach eines neunstöckigen Hauses. Außer einem Schreibtisch und Worobjew's Stuhl gab es hier nur noch einen großen Wandspiegel. Die Sonnenstrahlen spiegelten sich in seiner Fläche und blendeten die Augen. Der Ingenieur legte sich der Länge nach auf den warmen Tisch, sprang aber gleich wieder auf. Alles war heiß von der Sonne.

— Ich werde ein Bad nehmen — beschloß er. Er zog sich aus, ließ sich ein wenig von der Lust kühlen, befah sich im Spiegel und ging ins Badezimmer. Er trock in die Wanne, schüttete aus einem blauemailierten Krug etwas Wasser über sich und seifte den ganzen Körper gehörig ein. Bald war er total mit Seifenschaum bedeckt und schneeweiß wie ein Nitolo.

„Angenehm!“ sagte Ernst Pawlowitsch. Alles war angenehm. Ihm wurde behaglich zumute. Seine Frau war nicht da. Vor ihm lag ein Leben voll Freiheit. Der Ingenieur schnalzte mit der Zunge und drehte den Wasserhahn an, um die Seife abzuwaschen. Der Hahn röchelte und begann zögernd etwas zu murmeln. Es war kein Wasser da. Ernst Pawlowitsch steckte den glitschigen Finger in die Öffnung des Hahns. Nur ein dünner Wasserstrahl sickerte hervor. Er versiegte aber sofort wieder.

Ernst Pawlowitsch runzelte die Stirn, stieg aus der Wanne heraus und begab sich in die Küche zur Wasserleitung. Aber auch dort gelang es ihm nicht, etwas aus der Röhre herauszupressen.

Ernst Pawlowitsch ging ins Zimmer und blieb vor dem Spiegel stehen. Die Augen taten ihm vom Seifenschaum weh, der Rücken juckte, die Fladen spritzten auf das Parkett. Ernst Pawlowitsch lauschte, ob das Wasser im Badezimmer nicht schon floß, dann beschloß er, den Hausbesorger zu rufen.

Er soll mir wenigstens Wasser bringen, dachte der Ingenieur, rieb sich die Augen und wurde ärgerlich. Die Sache wird schon ziemlich fatal!

Er sah zum Fenster hinaus. Im Hof spielten Kinder. „Hausmeister!“ schrie Ernst Pawlowitsch, „Hausmeister!“ Niemand antwortete ihm.

Da erinnerte sich Ernst Pawlowitsch, daß sich die Wohnung des Hausmeisters im Treppenhaus befand. Er trat auf die kalten Steinfliesen hinaus, hielt die Türe mit einer Hand fest und spähte hinunter. In seinem Stockwerk gab es nur noch eine Wohnung und Ernst Pawlowitsch hatte keine besondere Befürchtung, daß ihn von da aus jemand in diesem sonderbaren Seitenspodenaufzug sehen könnte.

„Hausmeister!“ rief er. Der Ruf schallte durchs Treppenhaus. „Hu—hu!“ antwortete die Treppe.

„Hausmeister! Hausmeister!“

In dem Moment glitt der Ingenieur, der mit den nackten Füßen ungeduldig firampelte, aus und ließ, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren, die Türe los. Sie fiel zu, das amerikanische Schloß schnappte fest ein. Ernst Pawlowitsch begriff nicht gleich das Unwiderwärtliche dessen, was sich eben ereignet hatte, und riß an der Türklinke. Die Tür gab nicht nach. Der Ingenieur rüttelte noch einmal an der Tür und horchte klopfenden Herzens, ob sich etwas rührte. Ringsum herrschte dämmrige kirchliche Stille. Durch die hohen Fenster scheiben drang trübes Licht.

— Eine schöne Situation — dachte Ernst Pawlowitsch.

„Eine Gemeinheit!“ schrie er gegen die Tür hin.

Von unten her hallten die trächzenden menschlichen Stimmen. Dann wieder bestellte ein Hündchen wie ein Lautsprecher. Jetzt schob man einen Kinderwagen die Treppe herauf.

Ernst Pawlowitsch irrte erschrocken auf der Treppenplattform umher. — Es ist zum Verrücktwerden! —

Alles schien ihm allzu unwahrscheinlich, zu absurd, als daß es Wirklichkeit hätte sein können. Er näherte sich wieder der Tür und horchte. Da glaubte er irgendwelche neue Töne zu vernahmen. Es war so, als gehe jemand in der Wohnung herum.

— Vielleicht ist jemand durch die Küchentüre hineingekommen? — dachte er, obwohl er wußte, daß die Küchentür fest versperrt war und daß niemand hineingelangen konnte.

Das eintönige Geräusch hielt an. Der Ingenieur lauschte atemlos. Mit einemmal wurde ihm klar, daß das fließende Wasser dieses Geräusch verursachte. Wahrscheinlich ließ das Wasser aus allen Wasserhähnen der Wohnung. Ernst Pawlowitsch war dem Weinen nahe. Die Situation war furchtbar.

Da stand in Moskau auf dem Treppenabfah des neunten Stockwerks eines großen Mietshauses ein erwachsener bärtiger Mensch mit hoher Bildung, absolut nackt und von oben bis unten mit Seifenschaum bedeckt! Und es gab keinen Ausweg aus dieser Situation. Er wäre eher bereit gewesen, ins Gefängnis zu gehen, als sich nackt zu zeigen. Es blieb nur ein Ausweg — sich umbringen. Der Seifenschaum reizte die Rückenhaut. Auf Gesicht und Händen war der Schaum eingetrocknet und zog die Haut wie in einem Naumbad teuflisch zusammen. Der Körper machte den Eindruck, als wäre er von oben bis unten mit Etzemen bedeckt.

(Fortsetzung folgt.)



„Hohe Klasse!“ murmelte Awejjalom Wladimirowitsch und wußte nicht wohin mit seinem überschüssigen Temperament. „Ach!... Ach!...“ Er stürzte zum Fenster und begrüßte heftig immer wieder die beiden jungen Mädchen, die ihn vom Fenster des gegenüberliegenden Hauses ansahen. Er stampfte auf und ließ ein schwärmerisches „Ach“ vernahmen.

„Mädchen von der Peripherie! Die besten Früchte!... Hohe Klasse!! Ach!... Und eines Morgens, da lächelte sie wieder...“

„Ich werde also gehen, Bürger“, sagte der Generaldirektor etwas verdattert.

„Warten Sie, warten Sie!“ regte sich Innuentow plötzlich auf. „Einen Augenblick! Ach!... Und der Kater? Nicht wahr, er ist ganz besonders klauig? Warten Sie! Ich komme gleich!...“ Er suchte verschämt irgend etwas in allen Taschen, ließ weg, kam wieder zurück, ächzte, sah aus dem Fenster hinaus, ließ weg und kam wieder.

„Warten Sie, mein Täubchen“, sagte er zu Worobjew, der während alle dieser Manipulationen wie ein Soldat-habacht stand. Und mit diesen Worten reichte er dem Vorsitzenden fünfzig Kopfen. „Rein, nein, bitte nehmen Sie es. Jede Münze muß bezahlt werden.“

„Danke schön“, sagte Worobjew und staunte innerlich über seine Gewandtheit.

„Danke schön, mein Teurer, danke schön, mein Täubchen!“ Draußen im Gang noch vernahm Worobjew von Innuentow's Zimmer her ein schallendes Meckern, Kreischen, Singen und ein leidenschaftliches Geschrei.

Auf der Straße erst mußte Worobjew wieder an Ostap denken und er zitterte vor Furcht.

Ernst Pawlowitsch schlüpfte in der leeren Wohnung umher, die ihm sein Freund lebenswürdig für den Sommer abgetreten hatte, und dachte nach, ob er ein Bad nehmen sollte oder nicht.

Brombeerbliite.

Auch die Brombeere hat ihren Niederschlag im Volkstied gefunden. Das Brombeertied wird jetzt wieder wach durch die Hochblüte dieser dornigen Sträucher, von denen es in Deutschland etwa 80 Gattungen gibt. Die Unterscheidungsmerkmale sind nur wenigen bekannt, und auch der Berliner Chronist vor 250 Jahren kennt nur „zweyerley Brombeere hier zu Lande, nämlich Schwarze Brombeere und Blauschwarze Brombeeren, von mäßig warmem Temperament und gelind zusammenziehendem Saft“.

In den märkischen Sandhängen hinauf rankt vor allem die wohlriechende Brombeere mit ihren großen wohlriechenden rötlichen Blüten. In feischen Teigrün breiten sich an langen Gerlen die dichten herzformigen Blätter aus. Dieser beliebte Vertreter unter den Rosengewächsen wird häufig als Rankstrauch um unsere Sommerlauben gepflanzt. Noch häufiger kommt die „gemeine Brombeere“ vor, die jetzt ihre gedrängtblütigen schneeweißen oder leicht violetten Blütenrispen aufstreckt, aus denen sich die schwarzglänzenden Fruchttrauben entwickeln. Armblütig und niedrig stehen an den Weg- und Ackerrändern die niedrigen Krahbeersträucher mit ihren drei-, selten fünfzähligen Blättchen. Die in spärlichen Ebensträuben stehenden hechtblauen Früchte schmecken säuerlich und werden wohl nicht gemeint sein im Brombeertied, das die Brombeerelesse besingt. Die Nächstverwandten der Brombeeren sind die roten Himbeeren oder Hindbeeren, der Himden Beeren, wie sie der Berliner Chronist vor 200 Jahren schon bezeichnete. An ihr schäpft man seit alters den lieblichen Geruch und die subtilste herzkärtende Kraft. In den märkischen Wäldern steht die jetzt blühende Himbeere strichweise als dichtes Heckensträuch, aus dem die weißen Blütensterne herausragen aus den unterseits weißfilzigen Blättchen. Weniger häufig ist die Felsenhimbeere oder Steinbeere mit ihren beiderseits grünen Blättern und den kleinen weißen Blättchen. — Die Häufigkeit der Brombeere gab Anlaß zu der Redensart: „Wenn Grände so gemein wären wie Brombeeren, gäbe es für alles tausendfältige Ausreden.“

Mädchenmißhandlungen in Scheuen.

Straube schlug in Gegenwart von Jungen auf sie ein.

Lüneburg, 1. Juli.

Im Mittelpunkt des Scheuener Fürsorgeprozesses standen gestern und heute die Mißhandlungen an weiblichen Jünglingen, die dem früheren Direktor Straube zur Last gelegt werden.

Besonders belastend für den Angeklagten Straube waren die Aussagen von drei Mädchen, die zur Zeit der Revolte im Mädchenheim untergebracht waren. Die 18jährige Herta Liebing will von der Revolte überrascht worden sein. Die Zeugin Bertrug Hartmann bekundete, daß sie vor der Revolte einmal von Straube ins Gefäß geschlagen wurde, und nach der Revolte habe Straube sie mit einem Mädchen namens Grete Lauchert zur Vernehmung gerufen. In Gegenwart der Jungen habe sie Schuhe und Strümpfe ausziehen müssen, sei dann in das Nebenzimmer des Büros geworfen und so auf den bloßen Körper geschlagen worden, daß sie Striemen gehabt habe. Vier oder fünf Jungen bestärkten den Vorfall. Straube leugnete zuerst den ganzen Fall ab. In die Enge getrieben, gab er nach längerer Zeit die Möglichkeit zu. Die 16jährige Grete Lauchert bezeugte die Mißhandlung der Getrud Hartmann und schilderte selbst zwei Fälle, in denen sie mißhandelt wurde. Weiter gab sie körperliche Züchtigungen des Straube an drei anderen Mädchen an; Straube räumte zwei dieser Fälle ein. Weiter sagte die Zeugin, daß Straube sie in der gemeinsten Weise beschimpft habe.

Zu neuen Zwischenfällen kam es bei der Vernehmung der weiblichen Angeklagten in Scheuen: Knochenmus, Knoblauch und Kahlwedel. Die Vernehmung der Zeugin Knochenmus ergab, daß sie es war, die den Jünglingen nach der Suspendierung Straubes vom Dienst ein Schreiben an das Jugendamt aufsetzte, das sie den Jungen zur Unterschrift gab und das den Satz enthält: „Gebt uns unseren Onkel Paul wieder!“ Da die Verteidigung Fräulein Knochenmus der Begünstigung Straubes für verdächtig hielt, nahm das Gericht von einer Bereidigung Abstand. Die Zeugin Knoblauch hatte gleichfalls einen Bericht nach Berlin gesandt, in dem Straube in Schutz genommen wurde und die Zustände in den Heimen als vortrefflich dargestellt wurden. Als die Mutter des später verstorbenen schwer mißhandelten Jünglings Bedebour ihren Jungen besuchen wollte, hat die Zeugin, um die Mutter aus Scheuen zu entfernen, mit dieser einen Ausflug nach Celle gemacht. Die Zeugin Kahlwedel behauptete, sich um den ganzen Aufbruch nicht gekümmert zu haben. Im ganzen ergaben die Vernehmungen dieser Zeuginnen, daß noch nach der Revolte von Straube und ihm nahestehenden Personen aus versucht wurde, dem Jugendamt in Berlin die Wahrheit zu verschweigen.

Die Weiterverhandlung findet Freitag vormittag statt.

Freispruch im „Bier“-Prozeß.

Der Beklagte nahm berechnigte Interessen wahr.

In dem „heiteren“ Arztstreit, bei dem es um die Ehre des Bieres ging, hat das Amtsgericht Berlin-Mitte durch einen Freispruch des Beklagten, Sanitätsrat Dr. Vollmann, die Klage des Hamburger Ernährungsbiologen Dr. Friedrich Vinzenz v. Hahn, der sich durch die Kritik an seinem Vortrage über den Nährwert des Alkohols, besonders des Bieres, beleidigt fühlte, kostenpflichtig abgewiesen.

Dr. v. Hahn hatte, wie wir berichteten, im vorigen Herbst auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden einen Vortrag gehalten, in dem er in etwas eigenartiger Weise für einen kräftigen Trunk eintrat und besonders den Frauen (!) ans Herz legte, ausgiebig sich dem Biergenuss hinzugeben. An diesem Vortrag hatte Sanitätsrat Dr. Vollmann als Herausgeber des Organs des „Deutschen Ärztevereinsbundes“ sehr scharfe Kritik geübt. Das Amtsgericht sprach den Beklagten aber auf Grund des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) frei. Eine Beleidigung hätte nur in der Unterstellung erblickt werden können, daß der Kläger gegot habe, Kinder müßten in den ersten Lebensmonaten Bier trinken. Das wäre so unsinnig nach dem Stande der ärztlichen Wissenschaft und der Ueberzeugung des Gerichts gewesen, daß in dieser Unterstellung eine Beleidigung erblickt werden müßte. Es steht aber gar nicht genau fest, was der Kläger in seiner Rede ausgeführt habe.

Der Beklagte sei durch § 193 gedeckt, denn er habe seine Informationen von einer als gewissenhaft bekannten ärztlichen Korrespondenz erhalten und sei daher berechtigt gewesen, scharfe Kritik zu üben.

Sprechchor für proletarische Feierstunden: Donnerstag, den 2. Juli, 18 Uhr (6 Uhr abends), pünktlich, im Gesangsraum der Sophienkirche, Weinmeisterstraße 16-17, Übungsstunde. Hauptprobe zur Veronfaltung am 4. Juli.

Aus groß wird klein.

Jetzt werden die leerstehenden Altwohnungen aufgeteilt.

Zur Zeit sind in Berlin nicht weniger als 15 000 große Altwohnungen so gut wie unermieterbar. Zusammen mit der Preußenregierung soll versucht werden, diese leerstehenden Großwohnungen wieder nutzbar zu machen. Die Altwohnungen sollen in zweckmäßige Kleinwohnungen aufgeteilt werden.

Auch der „Vorwärts“ hatte schon mehrfach auf das Problem der verlassenen Großwohnungen hingewiesen. Während nach wie vor ein erheblicher Bedarf an Wohnraum besteht, stehen im Westen und Süden der Reichshauptstadt belnahe ganze Straßenzüge leer. Jetzt hat der Bund Deutscher Architekten zusammen mit den Epochenorganisationen des Berliner Baugewerbes die Initiative ergriffen und auf einer großen Kundgebung aller Beteiligten, die am Dienstagabend im Haus der Technik stattfand, die beabsichtigte Teilung der großen Altwohnungen durchgesprochen.

Eine schwer lösbare Aufgabe.

So gut die Absicht ist, so schwer lösbar ist allerdings oft im Einzelfall die Aufgabe. So gibt es die Kiefernwohnungen am Kurfürstendamm, die seinerzeit für gesellschaftliche Repräsentationen gebaut wurden, die zu teilen aber kaum möglich sind. In diesen Wohnungen sind nämlich unformige Küchen vorhanden, in denen wohl Essen für 40 Personen zubereitet werden kann, die jedoch bei einer Teilung des Wohnraums nur hinderlich sind. Ebenso verhält es sich mit den Bade- und Kofetteinrichtungen, die alle nach dem Hof zu liegen und kaum bei der Teilung vermerkt werden können. Denn bei der Armut der Staatskassen und dem Fehlen ausreichender Kredite kann es sich bei den Teilungsabsichten nicht um kostspielige Umbauten handeln, man muß vielmehr mit den eventuell verfügbaren spärlichen Mitteln Haus halten.

Verschiedentlich wird es sich wohl nicht umgehen lassen, neue Treppenhäuser in Seitenflügeln zu errichten und neue Schornsteine, Wasserleitungen, Zu- und Abflühröhren zu legen. Bei dieser Form des Umbaus taucht nun eine neue Schwierigkeit auf. Es muß die Voraussetzung gegeben sein, daß die übereinander liegenden Wohnungen gleichzeitig leer sind, weil man dem noch in der Wohnung befindlichen Mieter schwerlich zumuten kann, daß die von ihm gemieteten Räume noch während seiner Vertragsdauer zerschritten werden.

Nun gibt es allerdings erfreulicherweise eine ganze Reihe von Wohnhäusern in Groß-Berlin, bei denen von vornherein im Grundriß der Erbauer des Hauses die Möglichkeit der Teilung ins Auge

gefaßt hat. Hier sind Teilungen mit geringeren Mitteln leicht möglich und werden mehrfach auch schon ausgeführt. Entscheidend ist aber bei allen Teilungen, daß es sich nicht um vorübergehende Notlösungen, sondern um Dauerlösungen handeln soll. Wie aus einem sehr instruktiven Referat des Architekten Roth zu entnehmen war, ist die Meinung dieser Bauachtmänner folgende: Vor allem Konzentration der Umbauarbeiten auf möglichst wenige Stellen, weiter mögliche Vermeidung von Änderungen am massiven Mauerwerk. Dann wird unter allen Umständen angestrebt, die Schaffung ausgeglichener Hinterhauswohnungen zu vermeiden, auch die schlecht gelegene Wohnung soll wenigstens ein Bordzimmer erhalten. Dies ist übrigens die eigentliche Nuß, die die Architekten zu knaben haben. Denn aus den dunklen Hinterzimmern, die an endlos langen noch dunkleren Korridoren liegen, richtigen Regelbahnen, brauchbare, helle und luftige Wohnungen zu machen, das ist keine Kleinigkeit. Zumal jede Wohnung ein eigenes Bad und auch allen anderen Komfort haben soll. Trotzdem ist die Architektenhaft zuversichtlich, das Problem der Umwandlung der verbaute Altwohnungen in zweckmäßige Kleinwohnungen glücklich lösen zu können.

Die Finanzierungsfrage.

Das preußische Wohlfahrtsministerium hat sich eingehend mit den unermieterbaren Großwohnungen beschäftigt und ist bereit, sogenannte verlorene Zuschüsse für die Umbauten zu geben, außerdem sollen die bereits bestehenden erheblichen Hauszinssteuerentlastungen beibehalten bleiben. In der Praxis sieht die Sache dann so aus: Eine 9-Zimmer-Wohnung, die 2700 Mark Friedensmiete brachte, hat eine Teilmiete von 3600 Mark. Davon sind 1300 Mark Hauszinssteuer. Wird nun die 9-Zimmer-Wohnung in zwei Wohnungen geteilt, gewährt Preußen einen Steuernachschuß von 650 Mark, so daß die Miete auf 2950 Mark gekürzt ist. Werden drei Wohnungen errichtet, erhöht sich der Steuernachschuß auf 865 Mark und bei vier Wohnungen beträgt er sogar 975 Mark, so daß die ursprüngliche Miete von 3600 Mark auf 2625 Mark herabgedrückt werden kann. Nebenher laufen dann noch die verlorenen Zuschüsse Preußens.

Im ganzen ist es begrüßenswert, daß die Teilung der alten Großwohnungen jetzt in Angriff genommen wird, zumal die notwendige Bauarbeiterkraft für einige Zeit dadurch gute Beschäftigung erhalten wird. Allerdings müssen Sicherungen geschaffen werden, daß die ganze Sache nicht auf eine versteckte Subventionierung des Hausbesitzes hinausläuft.

Astrologie und Klassenlotterie.

Einer, der auf die Dummen rechnete, die nicht alle werden.

Auch die Betrüger haben ihre Spezialgebiete. Eiche machte in Astrologie. Für 50 Pf. konnte man schwarz auf weiß die ganze Zukunft vor sich ausgebreitet sehen; die Horoskope sandten reichenden Absatz. Kunden die dessen wert schienen — Eiche besaß ein Kennersauge, nicht umsonst zählt er elf Vorstrafen wegen Betruges — küsterte er zu: „Wenn Sie die Nummer eines Gewinnlooses nach den Sternen errechnet haben wollen, so kommen Sie nur ruhig zu mir in die Wohnung“. Und sie kamen: Rämlein und Weiblein, Jung und Alt.

Und Eiche errechnete die Nummer, die gewinnen würde. Man brauchte nur die gewünschte Summe zu nennen. Der eine hatte es auf die Hamburger Staatslotterie abgesehen und war bereit, sich mit der Kleinigkeit von 135 000 Mark zu begnügen; ein anderer auf die Preussische Lotterie machte es nicht unter 200 000 Mark; der dritte begnügte sich mit 6000 Mark usw. Die sichere Errechnung der Nummer hatte aber zur Voraussetzung die Angabe der richtigen Geburtsminute. Da war es nicht weiter verwunderlich, wenn die errechneten Nummern mitunter nicht stimmten. Bald existierte eine solche überhaupt nicht, bald war sie bereits vergeben usw. Für seine Bemühungen nahm Eiche 200 Mark, 100 Mark, bald mehr, bald weniger. Das Geschäft blühte, die Durchschnittseinnahme betrug 500 Mark wöchentlich. Und kein einziges Mal stimmte die Nummer.

Nun stand Eiche vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Die Richter befanden sich in einer wenig beneidenswerten Situation. Unbewandert in der astrologischen Wissenschaft wußten sie mit den komplizierten Berechnungen nichts anzufangen. Im letzten Augenblick wurde ein Astrologe hinzugezogen. Er hatte sämtliche Horoskope geprüft und manches in den Berechnungen unklar gefunden. Sie stimmten nicht ganz mit den Forderungen der astrologischen Wissenschaft überein.

Der Vorsitzende meinte, es sei jedoch eigentümlich, daß der Angeklagte, der die Gewinnlose nach den Sternen so gut berechnen könne, noch nicht Millionär sei. „Ja“, meinte der Angeklagte, „das ist es ja eben. In dem Ständesamtsregister bin ich als um 7.30 Uhr geboren eingetragen; in Wirklichkeit hatte aber meine Mutter ihre schwere Stunde um 7.53 Uhr. In einer Hinsicht stimmt aber meine Errechnung zweifelsohne: ich werde heute verurteilt. Wenn ich aber die Sache auf morgen vertage, dann stimmt auch diese Errechnung nicht. Die Sache wurde nicht vertagt. Die Rämlein und Weiblein marschierten auf und erzählten, wie einfüßig sie gewesen seien, und man lernte auch ein Horoskop kennen, auf Grund dessen der Angeklagte einer seiner Kundinnen ein hübsches Sümmchen für seine Geschäfte herausgelockt hatte. Bis dahin hielt sie nämlich ihr Geld wohlverborgen in der Sparkasse. In ihrem Horoskop hieß es aber: Sollten Sie irgendwas Geld sehen haben, nehmen Sie es sofort weg und verzichten Sie auf alle Vorteile, da der Saturn Ihnen alles nehmen würde. Denn im Horoskop der Deutschen Republik ist zu lesen, daß die deutsche Währung von finanziellen Mißerfolgen betroffen werden würde.“

Das Gericht verurteilte den Sterndeuter zu 9 Monaten Gefängnis. Nun wird er im Gefängnis seinen Leidensgenossen Horoskope mit Errechnung des Tages ihrer Befreiung ausstellen, natürlich unter der Voraussetzung, daß sie genau ihre Geburtsminute kennen. Sollten auch diese Horoskope nicht stimmen, so wird er sich ebenso wie vor Gericht auf Einstein berufen; alles ist relativ.

Drei tödliche Verkehrsunfälle.

Der Verkehr hat gestern wieder drei Todesopfer gefordert. Am Sachsendamm in Schöneberg lief die dreijährige Waltraut Hühnel aus der Kolonie „Bergfrieden“ in ein Motorrad hinein. Das Kind wurde so unglücklich zu Boden geschleudert, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Auf der Oranienburger Chaussee bei Trohnau raste der 26jährige Kellner Otto Hampel aus der Berliner Allee 11 mit seinem Motorrad gegen einen Baum. Mit schweren Schädelverletzungen wurde er von vorüberfahrenden Automobilisten neben seiner zertrümmerten Maschine bewußtlos angefunden. Der Verunglückte wurde in das

Oranienburger Krankenhaus eingeliefert, wo er wenige Stunden nach seiner Aufnahme starb. — Der dritte tödliche Unfall ereignete sich gestern abend in der Leipziger Ecke Mauerstraße. Dort wurde der 21jährige Angestellte Fritz Korth mit seinem Fahrrad von einem Autobus erfasst und überfahren. K. starb auf dem Transport zur Rettungstelle in der Kronenstraße.

27 000 tödliche Unfälle.

Eine bedenkliche Statistik.

Leider hat allen Bestrebungen und Bemühungen einer umfangreichen, aktiven Unfallverhütungpropaganda in Wort und Bild zum Trotz die Zahl der tödlichen Unfälle in Deutschland weiter zugenommen.

Nach einer jetzt vorliegenden Zusammenstellung des Statistischen Reichsamtes dürften im Jahre 1929 mehr als 27 000 Personen durch Unglücksfälle aller Art ihr Leben ein (21 285 Männer und 6394 Frauen). Gegenüber dem Jahre 1925, als 23 601 Opfer tödlicher Verunglückungen gezählt wurden, erhöhte die Zahl der Todesfälle durch Unfallgeschehen somit in progressiv steigender Form eine Zunahme um 4078 oder rund 17 Proz.

Das konstante Wachstum der tödlichen Unfallzahlen steht in ursächlichem Zusammenhang mit der von Jahr zu Jahr zunehmenden Verbreitung der Kraftverkehrsmittel. Obgleich seitens der zuständigen Behörden, Verkehrsverbände und sonstigen Organisationen alle möglichen Maßnahmen zur reibungslosen Abwicklung des Straßenverkehrs getroffen werden, konnte nicht verhindert werden, daß im Rahmen der steigenden Kraftfahrzeugbestände in sämtlichen Teilen des Deutschen Reiches die Zahl der mit oder durch Kraftfahrzeuge tödlich verunglückten Personen immer größere Dimensionen annahm. Noch 1926 waren in Deutschland „nur“ 2308 Todesopfer des Kraftfahrzeugwesens zu beklagen — 1929 stieg diese Zahl bereits auf 5277 an. Die sich ergebende Verdoppelung der Todesopfer ist in erster Linie der Raserei von Kraftfahrern zuzuschreiben, die zur Folge hatte, daß die gesamte Verlustliste der durch oder im Gefolge von Kraftfahrzeugunfällen Getöteten im Jahre 1929 3/4mal größer war als im Jahre 1926 (1926: 432, 1929: 1831 Todesopfer). Demgegenüber stieg die Zahl der mit oder durch Kraftwagen tödlich verunglückten Personen nur um drei Viertel der im Jahre 1926 gemeldeten Todesfälle. Bezeichnenderweise standen die meisten verunglückten Kraftfahrer, die durch maßlos übersteigertes Tempo nicht nur sich, sondern auch ihre Mitmenschen gefährdeten, im Alter von 15 bis 30 Jahren, während in der „geleiterten“ Altersklasse von 30 bis 60 Jahren die Todesopfer auf 687 herabfielen.

Unter den übrigen Tributarten, die der in mannigfaltiger Gestalt auftretende Unfallteufel fordert, sind besonders zahlreich die Todesfälle durch Ertrinken. Die gefährvolle Unsitte des Badens an verbotenen Stellen oder in unbekannten Gewässern kostete 1929 nicht weniger als 3648 Menschen das Leben. — Auch die vielfach in Fabriken oder Betrieben mit mechanischen Einrichtungen ausgehängten Warnungspakete, die zur Vorsicht beim Handieren an Maschinen ermahnen, finden noch immer nicht genügend Beachtung, wobei auch die Anhaltung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen durch die Unternehmerrchaft das schärfste Augenmerk gerichtet werden muß. Wiederum erlitten 449 Arbeiter und Arbeiterinnen tödliche Maschinenverletzungen im Laufe eines einzigen Jahres. Aus der Fülle der Unfallmeldungen mit tödlichem Ausgang sei nur noch auf die Zunahme der Vergiftungserscheinungen hingewiesen. Durch Pilz- oder andere Nahrungsmittelvergiftungen sowie durch sonstige akute Vergiftungen erfuhr die Zahl der Todesfälle dieser Art gegenüber den letzten Resultaten eine 16prozentige Steigerung.

Was ist eine „Schaumbrille“? Hierzu teilt uns die Firma Schwarzkopf mit: „Die neue Schwarzkopf-Schaumbrille umhüllt jetzt jede Packung von „Schwarzkopf-Extra“, dem Haarolanz-Schaumpon. Die Schaumbrille hält bei der Haarwäsche Schaum und Wasser den Augen fern — eine neue Annehmlichkeit und Erleichterung, die jede Frau schätzen wird. Für Kinder wird die Haarwäsche mit der Schaumbrille zum Vergnügen!“

Bilanz der Roggenstützung.

Nach dem Abschluß der parlamentarischen Untersuchung.

Der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung der Roggenstützung hat dem von allen Seiten — außer den Kommunisten — als objektiv anerkannten Bericht der Berichterstatterin, Genossin Sender, zugestimmt. Der Ausschuss hat außer einem von den Kommunisten gestellten Antrag, der in demagogischer Weise den Reichskommisnar Genossen Baade bloßzustellen versucht, und der bereits von uns aus charakterisiert wurde, eine Resolution angenommen, die eine Zusammenfassung der sachlichen Ergebnisse der mehrmonatlichen Tagung versucht.

Zunächst wird in der Resolution festgestellt, daß die durchgeführten Maßnahmen zur Stützung des Roggenmarktes einen scharfen Eingriff der öffentlichen Hand in die freie Wirtschaft bedeuteten — eine Binsenwahrheit — und zu Schwierigkeiten geführt haben. Weiter wird festgestellt, daß die freie Wirtschaft bei abnormen Preisentwicklungen nicht in der Lage ist, diese auszugleichen, und daß unter solchen Umständen ein Eingriff der öffentlichen Wirtschaft in den Getreidemarkt unvermeidlich ist, wobei es nach den Erfahrungen bei der Durchführung der Stützungssaktion zweckmäßig ist, daß der überragende Einfluß in die Hand des Staates gelegt wird.

Klarer konnte das Versagen des freien Handels unter schwierigen Verhältnissen wohl nicht ausgesprochen und die Notwendigkeit seiner Ersetzung durch die öffentliche Wirtschaft erwiesen werden.

Weiter stellt der Ausschuss fest, daß irgendwelche strafbaren Handlungen der beteiligten Personen nicht festgestellt sind und daß gegenwärtige Beamte des Ministeriums sich in keiner Form wirtschaftliche Vorteile verschafft hätten. In Zukunft müßte aber verhindert werden, daß ehemalige Beamte in Aufsichtsräten öffentlicher Gesellschaften tätig sind und dabei privatwirtschaftliche Vorteile wahrnehmen können.

Um Mißdeutungen zu vermeiden, soll auch die Festsetzung von Bezügen für Mitglieder staatlicher oder internationaler Kommissionen in Zukunft nur durch behördliche Stellen erfolgen. Schließlich empfiehlt der Ausschuss der Reichsregierung, alsbald einen Sachverständigenausschuss zu berufen, um geeignete Maßnahmen der Abfahrregelung unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Wirtschaften in die Wege zu leiten.

Abschließend können wir bemerken, daß angesichts der Weltagrarkrise auch die Industriearbeiterschaft ein Interesse daran hat, einer Vereinfachung der Landwirtschaft entgegenzuwirken, weil eine plötzliche Verringerung der landwirtschaftlichen

Kaufkraft für die Gesamtwirtschaft gefährlich ist. Deswegen sind unter Billigung der sozialdemokratischen Parteien nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern Preisstützungsmaßnahmen für die Landwirtschaft durchgeführt. Der Roggenstützung selbst hat die Sozialdemokratie von Anfang an skeptisch gegenübergestanden, und sie würde es begrüßen, wenn im nächsten Erntejahr keine Stützung durchgeführt würde.

Die Sozialdemokratie hat auch im September 1930 kein Interesse an einer Preissteigerung gehabt, so daß es abwegig ist, ihr die Verantwortung dafür in die Schuhe schieben zu wollen. Der allein Verantwortliche für diese Stützung ist die Reichsregierung.

Der Kampf gegen die öffentliche Getreidewirtschaft, der von den Nazis, Deutschnationalen, Wirtschaftsparteilern und anderen Gruppen geführt wurde, ist demagogischer oder interessentmäßiger Natur. Es ist zuzugeben, daß Schwierigkeiten vorgekommen sind und Mißstände zu beseitigen waren, wie sie bei jedem erstmaligen Versuch fast zwangsläufig auftreten, zumal wenn es sich um ein Experiment auf dem an sich komplizierten Gebiet der Getreidewirtschaft handelt. Korruption im Bereich der Tätigkeit der öffentlichen Hand ist nicht vorgekommen.

Ein Loblied auf den freien Getreidehandel und damit auf die freie Wirtschaft gerade in der Jetztzeit anzustimmen, ist völlig unangebracht. Die Deutschnationalen waren bis vor nicht langer Zeit noch selbst Anhänger eines Getreidemonopols. Gerade die freie, vom Staate zu wenig kontrollierte und zu wenig unter Zwang genommene Wirtschaft ist die tiefere Ursache der besonderen Schärfe der jetzigen Wirtschaftskrise, unter der die Arbeiterklasse am schwersten leidet. Den Angriffen der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie, daß sie die Agrarpolitik der Regierung Brüning-Schleier unterstütze, sei erwähnt, daß die Sozialdemokratie es als ihre Pflicht betrachtet, sich im Interesse der Verbraucher in die Agrarpolitik einzuschalten, um gesamtwirtschaftliche Übertreibungen der Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft zu verhindern. Darüber hinaus gibt es bürgerliche Kritiker, denen das Augenmaß dafür fehlt, daß der Umfang des durchführbaren Verbraucherschutzes auch eine Frage der politischen Macht ist. Soweit bei ihrer Kritik schlechter Wille mitspricht oder unterstellt wird, stehen solche Kritiker Demagogen gleich.

vertellte sie 24 Proz. (auf einen kleinen Teil des Kapitals 22 Proz.) Dividende. Damit nicht genug, erhöhte sie das Kapital von 5 auf 6 Millionen Mark, indem sie auf fünf Aktien eine neue gegen Zahlung von 100 Proz. abgab. Bei einem Börsenkurs von weit über 300 Proz. war das ein angenehmes Geschenk für die beziehenden Aktionäre, das noch dadurch angenehmer wurde, daß den neuen Aktien zwei Genußscheine (A und B) gratis beigegeben wurden. Der Genußschein B hat vorläufig keinen Wert; der Genußschein A aber lautet über den gleichen Nominalwert wie die neue Aktie und hat den gleichen Dividendenanspruch.

Jetzt wird die Hälfte der A-Genußscheine eingezogen; für dieses Jahr wird darauf noch die Dividende gezahlt, dann erfolgt die Auszahlung in bar zu 100 Proz. Ein Aktionär also, der Ende vorigen Jahres 5000 Mark Aktien besaß, konnte für 1000 Mark eine neue kaufen (die an der Börse mit mehr als 3000 Mark gehandelt wurde) und bekam einen Genußschein A über 1000 Mark umsonst dazu. In diesem Jahre erhält er dann für die 6000 Mark Aktien und den Genußschein Dividende (man rechnet mit 20 Proz.), also 7mal 200 gleich 1400 Mark; und wenn der Genußschein ausgelöst wird, 1000 Mark dazu. — Die Hälfte der Kapitalerhöhung vom vorigen Jahr wird also an die Aktionäre herausgezahlt. Nach „Not des Braugewerbes“ sieht das nicht aus — wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß so unglaubliche Gewinne selbst im Braugewerbe selten sind.

Der Fall Südfilm A.G.

Neues Kapitel Hugenbergischer Monopolisierungsbestrebung

Bei der Südfilm-A.G. sind durch das Eingreifen der Tobis-Syndikat A.G. und der British International Pictures finanzielle Schwierigkeiten beseitigt worden. Nach Mitteilungen der Tobis hat eine Prüfung der Verhältnisse bei der Südfilm ergeben, daß ihre Lage „gesund und befriedigend“ ist. Darauf haben die beiden genannten Konzerne vereinbart, der Südfilm die zur „Sicherstellung ihrer Stabilität und Fortsetzung ihrer Geschäfte“ erforderliche Unterstützung zu gewähren. Damit ist ein Kapitel beendet, das die Hugenbergische Tendenz zu einem Filmmonopol in Deutschland zu kommen, in neuem Lichte zeigt.

Die Südfilm A.G., die mit einer Million Aktienkapital arbeitet, nimmt eine besondere Stellung in der deutschen Filmbranche ein. Sie pflegt die Verbindung mit den unabhängigen Filmproduzenten, woraus sich die Bedeutung der Südfilm A.G. für das Verleihgeschäft ergibt. Die Südfilm bringt jährlich etwa 15 bis 20 Großfilme heraus. Daß das Unternehmen von der gegenwärtigen gerade nicht befriedigenden Lage in der ganzen Filmbranche in Mitleidenschaft gezogen wurde, ist wohl selbstverständlich. Das ändert aber nichts daran, daß das Unternehmen gesund ist. Der Mangel an genügend flüssigen Mitteln wäre aber für das Unternehmen um ein Haar zur Gefahr geworden, als es den bekannten Chaplin-Film „Lichter der Großstadt“ ankauft.

In der Atmosphäre dieser Lichter der Großstadt scheinen sich ganz merkwürdige Dinge abgespielt zu haben, die heute noch bei weitem nicht reiflos geklärt sind. Für den Ankauf der „Lichter der Großstadt“ mußte die Südfilm einen Kredit in Anspruch nehmen. Diesen Kredit wollte die Südfilm A.G. durch Wechseltöpfe abtragen, die die Hugenbergische Ufa, die den Chaplin-Film für ihre Theater angekauft hatte, zu leisten hatte. Die Ufa aber zahlte nicht, und zwar berief sie sich darauf, daß sie entsprechende Forderungen an die Südfilm habe. Soweit ist die ganze Angelegenheit kaufmännisch in Ordnung.

Wenn die Ufa Forderungen an die Südfilm hat, ist es ihr gutes Recht, diese Forderungen einzutreiben. Nun hört man aber, daß die Ufa keine direkten Forderungen an die Südfilm hatte. Die Ufa hat vielmehr Forderungen, die andere Interessenten an die Südfilm geltend zu machen hatten, angekauft. Auch das läßt sich kaufmännisch nicht rechtfertigen. Die Dinge scheinen nun in diesem Falle so zu liegen, daß die Ufa die Südfilmleute überraschend vor eine ganz neue Situation stellte. Die Südfilm konnte die nötigen Mittel nicht aufbringen, was ihre Gläubiger unruhig machte. Sehr wahrscheinlich wäre es bei dem Unternehmen zum Krach und die Ufa wäre billig an das Objekt gekommen, wenn die Tobis-Tonfilm-Syndikat A.G. und die British International Pictures nicht eingegriffen hätten.

Der Fall Südfilm lenkt wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf die politische Seite der ganzen Filmbranche. Man muß sich vorstellen, was es für die Hugenbergische Agitation bedeutet hätte, wenn sie die bis jetzt unabhängige Filmfabrikation der Südfilm unter ihren Einfluß gebracht hätte. Herr Hugenberg wäre in der Beherrschung der Filmbranche einen weiten Schritt vorwärts gekommen.

Glühlampenzonkonzentration wird fortgesetzt.

In den letzten Monaten mehrten sich die Meldungen über Fusionen von Glühlampenunternehmen, durchweg Mitglieder des Internationalen Glühlampenkartells. Durch diese Fusionen soll die Struktur der internationalen Glühlampenindustrie, die in den letzten Jahren durch die Interessenausdehnung der amerikanischen General Electric Company eine wesentliche Verschiebung erfahren hat, weiter vereinheitlicht werden.

Vor einigen Wochen hat die große ungarische Glühlampenzufabrik (Vereinigte Glühlampen- und Elektrizitäts-A.G.), das drittgrößte Mitglied des Kartells, ihr Aktienkapital von 16,5 auf 21 Millionen Pengö erhöht, weil ihre Wiener Tochtergesellschaft, die Watt Glühlampen-A.G., mit der Glühlampenfirma Johann Kremenezky verschmolzen wurde.

Dieser Tage geht in der österreichischen Glühlampenindustrie eine weitere Verschmelzung vor sich: die Osram-Lampen G. m. b. H., eine Verkaufsstelle der deutschen Osram G. m. b. H., wird die Verteg Elektrawerk G. m. b. H. übernehmen, an deren Kapital die Osram schon bisher zu 50 Proz. beteiligt gewesen ist.

In Frankreich wurde vor einigen Monaten die Société des Lampes Fotos dem Kartell angegliedert. Es ist der Zweck dieser Fusions- und Expansionsmaßnahmen, die Schlagkraft des Kartells gegenüber der nach und nach aufkommenden Außenfertigung auf dem Glühlampengebiet zu stärken.

Schärfere Kreditrestriktion.

Die ausländische Devisenreserve der Reichsbank zum großen Teil aufgebraucht.

Durch die Fortdauer der Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Amerika war die Reichsbank bis Ende Juni gezwungen, die fortwährende Nachfrage nach Devisen zu einem erheblichen Teil bereits aus dem 100-Millionen-Dollar-Kredit zu befriedigen, der ihr von ausländischen Notenbanken als Reserve zur Verfügung gestellt worden ist. Der deutsche Geldbedarf zum Monatschluß, der sicher 600 Millionen Mark betragen hat, hat zugleich den Notenumlauf der Reichsbank erhöht. So ist es wahrscheinlich, daß zum Juniende auch unter Einrechnung der ausländischen Devisenreserve die 40prozentige Notendeckung zwar sicher nicht unterschritten wurde, aber doch kaum sehr stark überhöht blieb.

Formell muß der 100-Millionen-Dollar-Kredit am 16. Juli abgedeckt werden. Nicht ausgeschlossen ist die Verlängerung des Kredits oder eine Tilgung in deutschen Wechseln. Jedenfalls aber führen die Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Amerika dazu, daß die Reichsbank allen Ernstes an eine weitere Einschränkung der von ihr gewährten Kredite wird denken müssen.

Auf dem Geldmarkt würde das eine sehr starke weitere Verknappung bedeuten, im Wirtschaftsleben wären Kreditkündigungen durch deutsche Banken und damit eine weitere Erschwerung der Gesamtlage unvermeidlich. Die Reichsbank soll entschlossen sein, weitere Devisenabgaben nurmehr gegen die Einreichung von barem Geld (Noten) vorzunehmen, eine Maßnahme, die für die Reichsbank mindestens hinsichtlich der Vermertung des ausländischen Devisenkredits von vornherein notwendig gewesen wäre.

Daimler-Benz.

7½ Millionen Verlust. — Russenauftrag für Gaggenau.

Die Generalversammlung der Daimler-Benz-A.G. genehmigte den Abschluß vom 31. Dezember 1930, der bei einem Kapital von 50 Millionen Mark einen Verlust von 7,48 Millionen Mark (im Vorjahr Reingewinn von 1,07 Millionen) ausweist. Ueber den Ankauf von 6,2 Millionen Mark eigene Aktien wurde mitgeteilt, daß man sie zur Angliederung anderer Autounternehmen habe verwenden wollen, eine Absicht, die sich aber nicht verwirklichen ließ. Der Abschluß ist von 130 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 99 Millionen Mark im Jahre 1930 zurückgegangen; der Rückgang sei aber nicht so stark wie sonst in der Automobilindustrie gewesen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist bei Daimler-Benz von durchschnittlich 12.900 im Jahre 1929 auf durchschnittlich 9000 im Jahre 1930 zurückgegangen. Im neuen Jahr hat das Unternehmen einen großen Rußlandauftrag auf Lieferung von Lastwagen erhalten; dadurch erfährt die Beschäftigung des Werkes Gaggenau nach Mitteilung der Verwaltung eine wesentliche Steigerung.

Der Bruttogewinn ist sehr stark, von 27,8 auf 14,7 Millionen Mark zurückgegangen, also fast halbiert gegenüber einem

Umsatzrückgang von noch nicht 30 Prozent. Die Vorräte sind erheblich niedriger, mit 39,7 (53,6) Millionen Mark in die Bilanz eingeleitet worden; es muß bezweifelt werden, daß die tatsächliche Verminderung des Warenlagers dem entspricht. Die Forderungen sind von 21,1 auf 16,5 Millionen Mark zurückgegangen, dem ein stärkerer Rückgang der Schulden von 34,2 auf 23,9 Millionen Mark gegenübersteht. Die Zugänge auf Anlagekonten waren gering, da die Rationalisierung im wesentlichen durchgeführt ist. Eine Ausnutzung der leistungsfähigen Anlagen ist aber bei der schwachen Kaufkraft, insbesondere auch bei der verfahrenen Situation der deutschen Autoindustrie (Übertkapazität) nicht möglich.

Deffauer Gas und Ruhrkohle.

Selbstverbrauchsrecht zugestanden. — Um Magdeburgs Elektroversorgung.

Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft, Deffau, hat gegenüber dem Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat seine Forderungen zu fast 100 Proz. durchgesetzt. Ein Jahr lang wurde von Deffauer Gas darum gekämpft, daß ihre Tochtergesellschaft, Zeche Westfalen, eine andere Tochtergesellschaft, die Großgaserei Mitteldeutschland A.G., Magdeburg, im Wege des Selbstverbrauchs beliefern darf; dann braucht nämlich die Zeche Westfalen nicht die Syndikatsumlage für die gelieferte Kohle zu zahlen. Daß Ruhryndikat hat dieser Forderung erst jetzt bei der Erneuerung des Syndikatsvertrages nachgegeben, da die Zeche Westfalen sonst nicht wieder dem Syndikat beigetreten wäre. Auf die geforderte Erhöhung der Verkaufsbeteiligung hat die Zeche Westfalen verzichtet.

Auf der Generalversammlung der Deffauer Gas wurde mitgeteilt, daß die mitteldeutschen Gaspläne im großen und ganzen erfüllt seien. Gasabgab wie Koksabgab der Großgaserei seien gesichert. Die Ferngasversorgung wurde vorläufig nicht weiter ausgedehnt, da die erwartete Ausdehnung des Gasconsums ausgeblieben sei.

Bierprofite!

Berliner Kindl macht den Aktionären Ertrageschenke.

Die deutschen Brauereien haben in den Jahren seit der Stabilisierung bis ins vorige Jahr hinein enorm verdient. Bier tritt aber in Zeiten der Not als Genußmittel zurück — die Krise mit ihrer großen Massenarbeitslosigkeit hat den bis zum vorigen Jahr ständig gestiegenen Absatz nicht unerheblich herabgedrückt. Die Not von Reich und Gemeinden hat gleichzeitig zur Erhöhung der Biersteuern gezwungen, die auf den Konsum abgewälzt wurden, was nicht gerade zu seiner Erhöhung beitrug. Jetzt bearbeitet das mächtige Braukapital mit allen Mitteln die Öffentlichkeit, daß das Braugewerbe von den Steuern erdrückt werde. An den in diesem Jahr beschlossenen hohen Dividendenätzen hat man jedenfalls noch nichts von der Not des Braugewerbes gemerkt.

Aber die Berliner Kindl-Brauerei scheint so im Gelde zu schwimmen, daß sie ausgerechnet im schlimmsten Krisenjahr Ertrageschenke an ihre Aktionäre verteilt. Im Vorjahr

Qualität: DUNLOP

Trotz Krise die Schlagkraft erhalten

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband im Jahre 1930.

Die Deutsche Textilindustrie leidet sehr unter der Weltwirtschaftskrise. Waren auch die Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Berufsgruppen sehr unterschiedlich, so ist, allgemein betrachtet, gegen 1929 eine weitere Verschlechterung im Beschäftigungsgrad eingetreten. Das demnächst erscheinende Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiterverbandes bringt eine Uebersicht über die Lage in den einzelnen Branchen wie in der Gesamtindustrie. In der Wollindustrie hat sich das Geschäft nicht so belebt, wie man nach dem Preissturz der Wolle erwartete. In der Baumwollindustrie war gleichfalls, trotzdem die Rohbaumwollpreise weit unter Vorkriegspreisen lagen, bis in den September hinein eine Vertiefung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit zu verzeichnen. Besonders stark trat hier im letzten Jahre die

Automatisierung des Produktionsprozesses

in Erscheinung, was weitere Freistellung von Arbeitskräften zur Folge hatte. Auch in der Kunstseidenindustrie, die im Zeichen eines rücksichtslosen Preisstumpfes stand, waren starke Rationalisierungsmaßnahmen zu beobachten. Bedrohend beschäftigt war die Wirt- und Strickwarenbranche. Nach Seidenen und Kunstseidenen Waren der Strumpfindustrie war große Nachfrage. Aber auch hier wurden durch erneute Rationalisierungs- und Intensivierungsmaßnahmen weitere Arbeitskräfte überflüssig. Unter mangelnder Kaufkraft des Inlandes und durch hohe Zölle erschwerten Export hatte die Stricker- und Spitzenindustrie zu leiden. Die Seidenwebereien und auch die Hanfindustrie waren verhältnismäßig gut beschäftigt, während die Leinwandindustrie weiterhin stark doniederlag.

Die Konzentrationsbestrebungen

In der Textilindustrie machten auch 1930 weitere Fortschritte. 29 Firmen (im Vorjahr 19) gaben in dieser Zeit ihre Selbstständigkeit auf. Die Rentabilität der Betriebe war infolge der Ausschaltung der unbequemeren Konkurrenz und der fortgeschrittenen Preisgestaltung trotz aller ungünstigen Nebeneinflüsse gut. In der Wollindustrie wurden 12-14 Proz. Dividende gezahlt; in der Baumwollindustrie wurden sogar Dividendenzahlungen wieder aufgenommen, die 1929 eingestellt worden waren.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat sich auch durch das „Bankrottgeschrei“ der Textilunternehmer nicht abhalten lassen, seinen Kampf um die Aufrechterhaltung der Existenzbedingungen der Textilarbeiter in allergrößter Schärfe weiterzuführen, soweit die allgemeine Krise mit dem großen Heer der Arbeitslosen es ermöglichte. Der Verband zählte im Jahresdurchschnitt rund 16 Prozent arbeitslos und 34 Prozent kurzarbeitende Mitglieder.

Der Vorstoß der Unternehmer auf Verringerung der Lohn- und Tarifbestimmungen setzte im Laufe des Jahres 1930 verstärkt ein, nachdem der alte Lohnabbau — die Kürzung der überarbeitslosen Löhne — bereits durchgeföhrt war. Da nach dem ungünstigen Wahlausgang vom 14. September 1930 zu befürchten war, daß die Regierungsstellen den Wünschen der Unternehmer nachgeben würden, richtete der DTV eine Eingabe an den Reichspräsidenten und an die Reichsregierung, in der

die Notlage der Textilarbeiterchaft

in aller Deutlichkeit aufgezeigt und dargelegt wurde, daß eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der Textilarbeiterchaft zu den schlimmsten Folgen führen müßte. Zur eingehenden Klärung der Sachlage wurde eine erneute amtliche Lohnerhebung gefordert, die bis jetzt noch nicht vorgenommen worden ist. Eine Aktion des DTV zur Verkürzung der Arbeitszeit schloß sich dieser Aktion gegen den Lohnabbau an, die jedoch erfolglos verlief. Scheinbar ermutigt durch das Verhalten der Reichsregierung der Arbeiterchaft gegenüber setzte Ende des Jahres 1930 eine

Massenfündigung der Tarifverträge

ein, deren Neuabschlüsse oft schwierige Verhandlungen bis weit in das Jahr 1931 hinein erforderten.

Im Jahre 1930 wurden insgesamt 106 Lohn-, Arbeitszeit- und Manteltarifbewegungen geführt, an denen rund 315 000 Arbeiter beteiligt waren. 36 Streiks und Aussperrungen waren mit diesen Bewegungen verbunden, an denen 45 Betriebe mit über 14 000 Arbeitnehmern beteiligt waren; 2 770 000 Arbeitstage gingen dabei verloren.

Die Zahl der vom DTV insgesamt abgeschlossenen Tarifverträge umfaßte Ende 1930

159 Manteltarife . . .	für 9 226 Betriebe mit 674 913 Beschäftigten
264 Lohnarife . . .	„ 9 183 „ 648 813 „

Um den Mitgliedern des Verbandes zu ihrem Recht zu verhelfen, mußte der Verband im Jahre 1930 1 685 Klagen führen, von denen 686 mit vollem Erfolg und 657 durch Vergleich beendet wurden. 5944 Verbandsmitglieder waren unmittelbar an der Prozeßführung beteiligt, für die eine Gesamtsumme von 123 876,39 M. eingeklagt war. Wiedereinstellung, Weiterbeschäftigung oder sonstige Vorteile konnten durch Urteil erstarkt werden.

Verdrängung der verheirateten Frauen aus den Betrieben

trat der DTV, entschieden entgegen, da durch solche Maßnahmen keine Verringerung der Erwerbslosennote erzielt werden kann. Auf dem Gebiete der Sozialpolitik machte die Regelung der Arbeitslosenversicherung für die Heimarbeiter besondere Schwierigkeiten. Alle verheirateten Arbeiterinnen sollten aus der Versicherung ausgeschlossen werden. Rund 80 000 Textilarbeiterinnen würden dadurch beträchtlichen Schutz und auch die Unterstützung verloren haben. Den Verbandsvertretern ist es gelungen, dieser Gefahr durch eine Regelung vorzubeugen. Besonders stark vermehrten sich im Berichtsjahr die Klagen über

Unterstellungen von Beiträgen für die Sozialversicherung

durch die Unternehmer, was den Verbandsvorstand veranlaßte, das Material dem ADGB zuzuleiten, der vom RMV Maßnahmen gegen diese Ueberschneidung der Versicherungen verlangt hat.

Vor allen Dingen stellte das Jahr 1930 den Verband in finanzieller Hinsicht auf eine harte Belastungsprobe. Dem Einnahmerrückgang, bedingt durch die hohen Arbeitslosenziffern, standen vermehrte Ausgaben, vornehmlich zur Arbeitslosen- und Krankenunterstützung gegenüber. Der DTV hat im Jahre 1930 aus der Hauptkasse und den Lokalkassen an seine Mitglieder gezahlt:

Krankenunterstützung	1 093 000 Mark
Arbeitslosenunterstützung	1 949 000 „
Streik- u. Gemahregelunterstützung	310 000 „
Sterbeunterstützung	63 000 „
Rechtschutzunterstützung	37 000 „
Umgangs- u. Notunterstützung rund . .	100 000 „

Das sind rund 3 552 000 Mark monatlich festgelegte Unterstützungen, wozu noch eine vom Verbandsvorstand beschlossene Weihnachtssonderunterstützung für ausgesteuerte Arbeitslose in Höhe von 373 000 Mark kam, so daß also an die Mitglieder insgesamt rund

3 925 000 Mark Unterstützung gezahlt

wurden.

Diese Zahlen samt den sonstigen Leistungen des Verbandes reben eine deutliche Sprache. Sie zeugen von dem hohen Wert einer gut geleiteten, zentralen Organisation, die in der Lage ist, ihren Mitgliedern stets Hilfeleistung zur Seite zu stehen. Der DTV hat im vergangenen Jahre wiederum bewiesen, daß er der Treue seiner Mitglieder wert ist. Er wird, wenn auch unbrüderlich vom Ansturm seiner Gegner, im Kampf um die Lebensinteressen der Textilarbeiterchaft nicht ermüden und diesen Kampf mit Erfolg weiterführen. Der Unterstützung des wahrhaft klaffenbemühten und denkenden Teiles der Textilarbeiterchaft ist er sich in diesem Kampfe bewußt.
M. Bra.

Die Fleischermeister klagen.

Konsumvereine und Warenhäuser sind schuld.

Der in Stuttgart tagende Verbandstag der Fleischermeister ließ seinen Verbandsführer Dr. Weidensau-Berlin über den Existenzkampf des Fleischerhandwerkes sprechen. Der den Fleischermeistern sicherlich nicht unfreundliche IL-Bericht besagt darüber:

„Der Existenzkampf habe immer schwerere Formen angenommen. Schuld daran sei die große Abwanderung der Fleischverbraucher zu den Konsumvereinen und Warenhäusern, dann die katastrophale Lage auf den Freimärkten und endlich die Vermehrung der Kostenelemente, die dauernde Anziehung der Steuerzahler.“

Dazu sei lediglich bemerkt, daß die arbeitslosen Haupt-, Krifen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger das Fleisch so wenig wie bei den Fleischveringernungsmeistern in den Konsumvereinen und Warenhäusern geschenkt bekommen.

Auch ein Innungsband von 53 756 Mitgliedern dürfte sich der Aufgabe der Wirtschaftskrise und ihren zerrüttenden Folgen für die Kaufkraft der großen Masse der Arbeitnehmerschaft nicht ganz verschließen.

Internationale Schlafwagengesellschaft Betriebsratswahl.

Die letzte Betriebsratswahl wurde angefochten. Infolge eines Fehlers hat das Arbeitsgericht Neumahl angeordnet. Im Termin stellte sich heraus, daß die Einspruchsschreiben in der Direktion der Firma angefertigt worden sind und daß die antragstellenden Schaffner der Nationalsozialistischen Partei angehören. Der Schaff-

ner Reinhold, Mariendorfer, Großbeerenstr. 12, ist schon vorher die Treppe hinausgefallen. Er wurde zum Zugführer gemacht und nach dem Termin zum Abteilungsleiter in München befördert.

Vor dem Gericht spielte sich eine höchst interessante Szene ab. Als die Kollegen des Reinhold ihn fragten, ob er denn keinerlei Schamgefühl über seinen Arbeiterverrat empfinde, antwortete er: „Daß Sie im Bilde sind: die Naziliste ist schon fertig. Ich stehe an erster Stelle und dann bestimme ich!“ Brüllend drohte er dem Gewerkschaftssekretär Hoffmeister: „Wenn ich Betriebsrat bin, dann werden Sie nicht mehr bei der Direktion so auftreten, wie bisher.“

Trotzdem Reinhold sich zu seiner Unterstützung zwei Mitglieder des Birmanenser Heimkriegervereins mitgebracht hatte, war er doch vor aller Welt als Das gekennzeichnet, was er in Wirklichkeit ist. In seiner maßlosen Wut wollte er „den marglistischen Bonzen die Zähne aus schlagen.“

Das Schönste an dem Spektakel ist, daß die französische Firma einen Nazi gebraucht, um der gutorganisierten Belegschaft entgegenzuwirken. Am nächsten SA-Abend wird Reinhold das schöne Lied „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ anstimmen.

Wir erwarten, daß die Belegschaft der ISE den lauberen Plan durchkreuzt und volljährig zur Betriebsratswahl antritt. Gewählt wird vom 2. bis 9. Juli von 10 bis 14 Uhr Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 8. Die Liste der freien Gewerkschaften ist Liste 1 Riffer, Weihenborn usw.

Zentralverband der Hotelangestellten.

Für allgemein verbindlich erklärt wurde der Reichsmanteltarifvertrag für das deutsche Steinseh-, Pfasterer- und Straßenbaugewerbe vom 21. März 1931.

Tarifabschluß im Kartoffelgroßhandel.

Aber nur unter Vorbehalt.

Im Berliner Kartoffelgroßhandel ist es dem Gesamtverband gelungen, nach langwierigen Verhandlungen wieder zum Abschluß eines Lohntarifes für die Arbeiter dieser Branche zu kommen. Der Vertrag war von den Kartoffelgroßhändlern zum 31. März gekündigt worden. Ein neuer Vertrag kam zunächst infolge der weitgehenden Abbauforderungen der Unternehmer nicht zustande. Die Kartoffelgroßhändler boten den Aufsehern und Arbeitern die einen Wochenlohn von 68 Mark hatten, einen Lohn von 40 Mark an. Der Wochenlohn von 68 Mark wurde verdient in einer tariflich zwar vereinbarten 48stündigen, praktisch aber unbegrenzten Arbeitszeit.

Jetzt hat der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, wonach die Löhne der Aufseher und Arbeiter bei 48stündiger Arbeitszeit 54 Mark und bei 54stündiger Arbeitszeit 62 Mark betragen sollen. Ueberstunden über diese Arbeitszeit hinaus sind mit 25 Proz. Zuschlag zu vergüten. Das Einkommen soll vom 1. Juli 1931 bis zum 31. März 1932 gelten. Die Arbeiter haben dem Schiedsspruch zugestimmt, die Unternehmer jedoch nur unter der Bedingung, daß das Lohnabkommen vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt wird. Der Reichsarbeitsminister hatte die Allgemeinverbindlichkeits-erklärung des letzten Lohnabkommens wegen der angeblich „zu hohen Löhne“ aufgehoben, um dadurch eine Senkung der Kartoffelpreise herbeizuföhren. Eine Verbilligung der Kartoffeln ist natürlich nicht erfolgt und konnte durch eine Lohnsenkung auch gar nicht eintreten, weil die Löhne an den Verkaufspreisen nur Bruchteile von Pfennigen ausmachen.

Es ist zu erwarten, daß der Reichsarbeitsminister an den jetzt vom Schlichtungsausschuß neu festgelegten Löhnen nichts mehr auszusagen hat und die Allgemeinverbindlichkeit des Lohnabkommens erklärt. Bei der schweren Arbeit, die von den Arbeitern des Kartoffelgroßhandels verlangt wird, sind die jetzt festgelegten Löhne eher zu niedrig als zu hoch.

Schiedsspruch für die Getränkeindustrie

Der Manteltarif für die Arbeiter in den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Berliner Getränkeindustrie war von den Unternehmern schon zum 31. März gekündigt worden, um eine Verschlechterung der Urlaubsbestimmungen und eine andere Eingruppierung verschiedener Arbeiterkategorien zu erreichen, was für die betreffenden Arbeiter eine Lohnkürzung bis zu 20 Proz. bedeutet hätte; außerdem die Kürzung der Frauenlöhne um 5 Proz. und noch einiges mehr. Es kam zunächst eine Vereinbarung zustande, den Vertrag bis zum 31. Mai unverändert zu verlängern. Nach Ablauf dieser Frist war weder in den Parteiverhandlungen noch in den Vorverhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß eine Einigung zu erzielen.

Es kam schließlich zu einem Schiedsspruch, der im Grunde genommen den alten Vertrag wenig oder gar nicht ändert, sondern ihn nur mit einigen redaktionellen Änderungen wieder in Kraft setzen will. Neu ist in dem Schiedsspruch die Bestimmung, daß der Vertrag auch für die Handwerker gelten soll. Ueberstunden werden nach wie vor mit 25 Proz. Zuschlag bezahlt werden, doch braucht in Zukunft der Zuschlag dann nicht mehr gezahlt werden, wenn innerhalb von zwei Wochen für die geleisteten Ueberstunden ein Ausgleich durch entsprechende Freizeit erfolgt. Neu ist ferner die Bestimmung, daß die Bezahlung der Arbeiter, die infolge von Krankheit, Invalidität usw. nicht mehr voll leistungsfähig sind, nicht mehr der freien Vereinbarung unterliegt, sondern mit Zustimmung beider Tarifparteien geregelt werden muß. Eine sehr wichtige neue Bestimmung in dem Vertrage ist, daß Verzicht und Ausgleichsquittungen tarifvertraglich für rechtsunwirksam erklärt werden. Urlaub soll wie bisher bis zu 18 Arbeitstagen gemährt werden, desgleichen auch der Zuschuß zum Krankengeld. Der Vertrag soll bis zum 31. Dezember 1931 gelten. Die Arbeiter haben den Schiedsspruch angenommen; die Entscheidung der Unternehmer steht noch aus.

Wo ist das Ende?

Die Adlerwerke in Frankfurt a. M. haben etwa 700 Arbeiter entlassen und weiteren 200 Arbeitern gekündigt; ebenso ist 130 Angestellten vorfristig gekündigt worden. Der Betrieb arbeitet bereits seit längerer Zeit nur 40 Stunden in der Woche. Trotzdem hat die Verwaltung die Entlassungen vornehmen müssen, weil der Abfall unter dem Druck der allgemeinen Krise weiter zurückgegangen ist.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Am 19. März tagen die Gruppen: Adenide, Jugendheim Schöneberg, Straße 5 (Nähe Bahnhof Spandauerstr.), Heimbesprechung, Schliches Kästlein. — Gesundheitskassen, Jugendheim Fete Schule, Gropiusplatz, Straße 2, Heimbesprechung, Berlinplatz. — Schönberg, Laz. Jugendheim, Straße 18 (Freierweberhaus), Projektische Erziehungsanstalten. — Tempelhofer Jugendheim, Anstalt Germania, 4-6. Der Zugang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule, Gropiusplatz, Heimbesprechung, Arbeiterbildung. — Scharf: Reichsberger Str. 6 (Freierweberhaus), Heimbesprechung, Eberhardstr. — Roabit: Jugendheim, Eberhardstr. 18-19, Heimbesprechung, Eberhardstr. — Stalder: Jugendheim 17, Volkshaus, Gartenstr. 4, Kitzplatz (Schulstraße, Autobus 31), Heimbesprechung. — Neu-Lichtenberg: Jugendheim, Hammerstr. 44, Heimbesprechung. — Landberger Platz: Gruppenheim, Döberitzweg, 2. „Die deutsche Arbeiterbewegung bis zum Sozialkrieg.“ — Lichtenberg: Jugendheim, Guckel an der Lichtenbergstr. Alfred kommt mit seiner Widemann. — Jugendgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes: Ab 19 Uhr Spielen im Reptilien Park, Weite 8.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Die folgende Veranstaltung: Bantow-Rieberstraße, Jugendheim, Straße 14 (großes Zimmer), Eberhardstr., Bildung, Weihenberger. — Oßer: Jugendheim der Schule, Wlauer Str. 18, Ausgewählte über Organisations der Arbeiterbewegung. — Tempelhofer: Jugendheim der Schule, Wlauerstr. 18 (Jugend von der Gropiusstraße in Tempelhofer). Vortrag: „Wirtschaftliche Lage und Aufgaben der Arbeiter.“ Referent Dr. Schütte. — Schönberg: Wir befehlen die Versammlung des Werbezentrums. — Potsdam-Kommune: Wir befehlen die Versammlung des Werbezentrums. — Freie Arbeiter-Union e. G. m. b. H., Geschäftsstunden von 10 bis 12 Uhr im Verbandsheim. — Spiele im Freien ab 19 Uhr Sportplatz Jungfernhöhe, Sportplatz Humboldthain und im Schillerpark und ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten. — Photogenesellschaft: 20 Uhr im Jugendheim, Wassertr. 9.

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Musterver für die Hausfrau!

DAS GROSSE RUNDE
SCHNEEWEISSE
SEIFENSTÜCK
NUR NOCH 65g

Heinrich Hemmer: Postkarten von der Reise

Die Oberflächlichsten erleben hauptsächlich ihre Ankunft: „Bin hier und sende Grüße.“ Ein Vergnügungsreisender streich das Gesicht auf dem Prospekt mit Bleistift durch. Rheinterrasse, Wien, München, Japan waren für ihn „erledigt“ im Haus-Vaterland; und in Wirklichkeit war's ebenso gewesen. Fragen Sie Miß Raffke (U. S. A.) nach ihren europäischen Eindrücken! Napoleons Grab (Paris): hob' ich gemacht (did it) Paris bei Nacht hab' ich gemacht... Amali (Sprich ämlfai) oh, yes, die Det, wo ich habe meine Schirm stehen lassen! (Soll man Reisen wie Geschäfte abwickeln: 8750 Kilometer, 72 Sebenswürdigkeiten? Nein.)

Wer sonst nichts erlebt, erlebt auch noch das Klima. „Erhole mich prächtig hier.“ Wohl denen, die sich erholen können, aber — wo? Ein Gebirgsbayer betrachtete entgeistert seine ihm auf der ragenhaften Sandinsel an die Brust fliegende Bodewonnengöttin... hier erholt man sich??? Nachdem ihm die Nordsee feste um die Ohren geknallt, sah der Gebirgsbayer leidig akklimatisiert aus; wie eine Sähsin in Lederhosen, uff die Berge. „Povera“, sagte ich zu meiner lombardischen Wirtin (die Lungen noch voll Dolomiten-ogon): „Sie Arme verbringen den Sommer in dieser Fliegenstickluft!“ „Povero“, sagte sie: „Sie Armer, auf Ihren Felszacken da hinten möchte ich nicht angemaßt sein.“ (Sie verstellen ihr die Aussicht und beklemmen ihren konservativ-lombardischen Busen: Berge.) Ich liebe die Rebel, namentlich die silbernen, alle harten Formen auflösenden der japanischen Inlandsee geben mir ein unirdisch befreites Gefühl, so als könnte man doch mit dem Kopf durch die Wand. Aber Miß Goldenhair wunkte ab, sie fühlte nur: Schwindel, Galopp. „Diese balsamische Rittluft“, seufzte ich und dachte an: weiße Flanelhosen im Winter... „Diese verstaubten Fliegenwedelpalmen“, erwiderte meine Frau; sie dachte an das weiße Schweizer Winterportmädchen mit ultravioletten Sonnenstrahlen. Nicht einmal Globetrotter wissen zuverlässig, wie sie auf das Klima von Fall zu Fall reagieren werden, namentlich das unbekannte, und wann sie genug davon haben werden. Man kann es nicht malen und nicht mal filmen, das Klima: man kann es nur empfinden, wie eine Speise, oder davon abkratzen. Vier Wochen aßen wir Tag für Tag den herrlichen, frischen, billigen Seelachs Bann-covers und saßen auf die regentriefenden, traum-schönen Riesen-Douglas-Föhren hinaus. Dana hatten wir von beidem genug und machten daß wir fortamen. „Warum reisen Sie so schnell wieder ab?“, hörte ich eine Schweizer Hotellierin eine fremde Frau fragen; „wo ist es so schön bei uns?“ „Bei uns“, antwortete die teilsche Bäuerin. Es gibt auch Menschen, die hauptsächlich ihre Abreise erleben: — Heimwehmenschen.

Wer für nichts schwärmt, schwärmt doch für Naturschönheit! — Ansichtspostkarten kommen mit vielen Ausrufen des Entzückens. Der europäische Städter stellt sich aus Sehnsucht nach den Tropen Kaktus und Orchideen ins Fenster. Aber aus Sehnsucht nach dem deutschen Walde zieht mancher Tropenplanzer einen Tommenbaum um seine Farm. Der donnernde Niagara und der Große Seefer sind Sehenswürdigkeiten und keine Landschaftsbilder: zeitbegrenzt in ihrer Wirkung wie das japanische Sandmeer mit seinen vielen Kapstudenbergen. Das Gewaltige wird auf die Dauer erschreckend oder langweilig. Aber auf einem ausrangierten Eisenbahnwagen-dach in die unermessliche Prärie hinausblinzelnd, hatte ich bei jedem Morgengrauen das für einen Nachtwächter sehr erhebende Gefühl, auf dem Klimadach zu stehen. Alle Landschaft wiederholt sich. In einem Raufsch des Entzückens — fährt man durch Japan, wandert durch die Rockies: ist nicht ein Tag schöner als der andere! Plötzlich fehlten wir uns aus dem lieblichen, sauberen Japan in das immer unheimliche, schmutzige, unergründliche China, aus den Bergen zur Küste, warum? Es gibt einen Moment der Sättigung, und dann kann man sich nur entweder eine Hütte bauen und zum Kleiden einrichten, oder man muß ziehen. Wohin? Der gelegentlich Reisende nach Hause und der Globetrotter irgendwohin. Der Globetrotter erlebt beides: die Ankunft und die Abreise. Die Balance zwischen Ankunft und Abreise.

Wer zu Hause nichts erlebt, erlebt fremde Menschen und Einrichtungen besonders intensiv auf Reisen: „das ist eine andere Welt hier“. Die deutschlandmüden Deutschen schwärmen für das Amerikanerium. Die amerikamüden Amerikaner (die nicht in Paris hängen geblieben sind) für das Deutsche. Wir bezahlen teures Geld für Dauerwellen und die Regentinnen geben ihr letztes Hemd dafür her, ihr Haar ein für allemal glatt zu kriegen. Wir führen die englischen Siedler-Einfamilienhäuser ein — und drüben ist's das Fashionobeste, in den neuen Apartementhäusern zu wohnen. Wie schmecken uns die Bananen, und was würden wir erst zu geistigen Papapas sagen und den übrigen untransportablen Tropenfrüchten — aber unter der sengenden Sonne: ach, Birnen, ach, Äpfel, ach, Erdbeeren! Bei uns ist der Teufel pederabschwarz und in China fummelblond — die Babies schreien auf, wenn so eine von den Blondinen sie ansieht, die angeblich unsere Männer bevorzugen. Der Europäer, der vor lauter Menschen den Menschen nicht erlebt, erlebt auch die Einsamkeit. „Allein in Gottes ewiger Natur.“ Es ist ein erhabenes Gefühl, vom einsamen Ferner herabzublicken: auf Menschen und Wirtschaften. Wie aber wenn sie überhaupt nicht

da sind? ... Ringsum niemand und nichts, keine Spur von einem Menschen! Dann ist Einsamkeit keine Sensation, sondern ein Schrecknis. Wer ist stark genug, sie zu ertragen? Ich sah ein Mädchen aus dem menschenleeren Paradies des Reiseförder Südwestens ausrücken, trotz allem was man ihr dort auf einer Farm versprach. Lieber wollte sie für geringes Entgelt im letzten Provinz-nest arbeiten.

Die Landflucht Australiens ist vielfach psychologischer Natur. Es gibt Menschen, deren Gemüt das Unermessliche, das Grenzenlose und zugleich grenzlos Dede der Binnenlandhaft nicht verträgt.

Wer nicht reisen kann, erlebt auch noch Reiseabenteuer. Eine Samoanerin, die sich allen Informationen zum Trotz nicht von jedem dahergelaufenen Reisenden abnutzen läßt, verfehlt ihm eine Bap-pfeife — es kann dies auch ein Gänsefisch sein. Oder er glaubt sich von Kap bis Kairo der populärste Mann der Welt, er wird überall gefeiert, eingeladen, zurückgehalten: nur weil er eine junge weiße Frau mit sich führt — eine besondere Karität in jenen Zonen. Ein Hai frist ihn auf, weil er nicht weiß, wie er ihm durch einen Rippenstoß Manieren beibringt; ein beleidigter Affe bombardiert ihn mit Kokosnüssen, weil er nicht versteht, wie man sich mit einem Affen auseinandersetzt. Die Fülle der Reiseerlebnisse ist ungeheuerlich und beginnt schon im Spreewald: „Rein, was ich hier wieder alles erlebt habe.“ ... Also viel Spaß; und nichts für ungut!

Hygiene an heißen Tagen

Pünktlich mit den großen Ferien, die jetzt in verschiedenen Teilen Deutschlands beginnen, stellt sich auch hochsommerliche Wärme ein, freudig begrüßt von all denen, die Urlaub und Ferien fern der Stadt erleben können. Aber die Sonne verheißt ihre Wohlthaten nicht ohne unangenehme Dreingaben — das ist eine Erfahrung, die immer wieder außer acht gelassen wird, und nicht nur von denen, die jetzt in den glühenden Asphaltwüsten ihrer Tagesarbeit nachgehen müssen! Die Erscheinungen des Hitzschlags und des Sonnenstichs, die hauptsächlich durch ungewöhnliche Kleidung hervorgerufen werden, sind bekannt genug; erfreulicherweise ist in den letzten Jahren mit dem Vordringen der Sport- und Körperkultur Bewegung die Einsicht in diese Zusammenhänge gewachsen, und man sieht im Sommer nicht mehr so viel ungewöhnlich gekleidete Menschen wie früher. Das weibliche Geschlecht ist auf diesem Gebiet schon längst mit gutem Beispiel vorangegangen, aber auch unter den Männern ist eine Umkehr von der starren, unveränderlichen Mode zu bemerken. Es ist auch höchste Zeit; denn die Männerkleidung hat geradezu zu einer Verweichlichung des ganzen Organismus geführt, die den Körper unfähig macht, sich der schädlichen Wirkungen zu erwehren, mit denen intensive Sonnenbestrahlung verbunden sein kann.

Wer seine Ferien in ländlicher Zurückgezogenheit, am Meeresstrand oder in der Einsamkeit des Hochgebirges verbringt, hat den begreiflichen Wunsch, sich einmal richtig als freier Mensch zu fühlen, losgelöst nicht nur von den Sorgen des Alltags, sondern auch von den Fesseln der Konvention, zu der ja auch die Kleidung gehört. Da führt nun der Ueberdrehung paradiesischen Lebensgefühls leicht zu ersten Schädigungen. Die ultravioletten Strahlen, wie man die kurzwelligen und unsichtbaren Teile nennt, die im Sonnenspektrum jenseits der violetten Strahlen liegen, führen oft zu schweren Verbrennungen der Haut. Besonders im Gebirge, wo die Luft staub- und wolkenfrei ist, kommt es leicht zu Erkrankungen an Hautbrand, der dort Fleischerbrand heißt. Der Sonnenbrand kann auch die Augenbindehaut befallen und erzeugt dann die Schneebblindheit, die im Gebirge ungleich häufiger ist als im Flachland. In der Ebene enthält die Luft meist hinreichend viel Bestandteile, durch welche die ultravioletten Strahlen aufgesaugt werden, und der gesunde Organismus schützt sich selbst, indem sich seine Haut bräunt und so den Strahlen der Zugang verwehrt wird. Trotzdem muß eine vernünftige Hautpflege betrieben werden, will man unangenehme Begleiterscheinungen vermeiden, von ernstlichen Schädigungen einmal ganz

abgesehen, zu denen sich der Sonnenbrand ja auch steigern kann. Viele glauben, alles getan zu haben, wenn sie die Haut, bevor sie sie der Sonne aussetzen, mit einer Creme behandeln. Aber eine vernünftige Hautpflege kann darin nicht ihr Genüge finden. Unzweckmäßige Behandlung mit Creme und Puder erreicht vielmehr den gegenteiligen Zweck, denn sie verstopft die Poren der Haut — und gerade das Gegenteil ist notwendig. Die Poren müssen geöffnet, die Haut gereinigt und durchblutet werden, wenn der Körper insstandgesetzt werden soll, die Pigmente zu bilden, die einen so wirksamen Schutz gegen die Sonnenstrahlung bieten. Am zweckmäßigsten ist es, den Körper langsam an die Bestrahlung durch die Sonne zu gewöhnen. Auf diese Weise wird man sich am besten gegen Verbrennung wie auch gegen Krenenstörungen und mehr oder weniger schwere Lähmungen schützen, die mit einer zu starken Bestrahlung verbunden sein können.

Am Meer bietet die Kleidung kein Problem; anders ist es auf Wanderungen. Wie wichtig zweckmäßige Kleidung ist, beweisen die Erfahrungen, die der Sportarzt macht. Trotz der großen Anstrengungen, die der Sportmann auch im Sommer auf sich nimmt, gehört der Hitzschlag dort zur Seltenheit. Die leichte Sportkleidung macht eine Wärmeisolation bei den bekannteren Sportarten, beim Rudern, Laufen, Fußball und Schwimmen fast unmöglich. Dagegen kann der Körper übertriebenen Ansprüchen gegenüber leicht vertragen. Und das ist hauptsächlich bei Radfahrfahrten oder allzu ausgedehnten Marschen der Fall. Begreiflich, daß ein Mensch, der ein Monats des Jahres im Bureau sitzt, nun in den vier Wochen seines Urlaubs alles nachholen möchte. Auch bei Fußwanderungen heißt es, Geduld üben, sich erst langsam an die veränderten Bedingungen gewöhnen; vor allem richtig angezogen sein und unterwegs bei der Rast das richtige Maß bei Speise und Trank beobachten!

Die sommerliche Ernährung ist überhaupt eine der gefährlichsten Klippen. Was man essen soll, und was man nicht essen darf, ist noch immer nicht hinlänglich genug bekannt, und wenn es doch der Fall ist, so ist es nicht immer leicht, nach den Geboten sommerlicher Hygiene zu handeln. Der Arzt geht ohne Frage der gemäßigten Kost; sie ist für den Körper am zuträglichsten. Das Eiweißbedürfnis wird durch Eier, Milch und Milchspeisen sowie Fleisch — aber unter Beobachtung der nötigen Vorsicht! — befriedigt, während Gemüse, Salate und vor allem das reichlich vorhandene Obst den Bedarf an Mineralstoffen deckt. Frisches Obst soll den Hauptbestandteil des Speisezettels an heißen Tagen bilden; es leistet auch die besten Dienste gegen den Durst, der auch durch kalten Kaffee oder kalten Tee am wirksamsten gelöscht wird. Alkohol ist, vor allem auf der Wanderung, unter allen Umständen zu vermeiden, soll dem Körper kein Schaden zugefügt und seine Widerstandsfähigkeit gegen die Hitze nicht herabgemindert werden.

Am gefährlichsten sind im Sommer die Kinder, vor allem die Säuglinge, und mancher Sommeraufenthalt wird den Teilnehmern dadurch verleidet. Die Hitze wirkt bei den Kleinsten weniger auf das Hirn als auf den Darm. Der „Sommergipfel“ ist die für die Säuglinge gefährlichste Zeit, in der die Säuglingssterblichkeit größer ist als während einer anderen Zeit des Jahres. Hier handelt es sich meist um Wärmestauungen infolge mangelnden Luftzugs und zu warmer Packungen. Die Hitzestauung bewirkt ein übermäßiges Wudern der Darmbakterien. Diese Darmbakterien treten ganz verschleimartig auf, oft gefährlicher, oft harmloser, manchmal epidemisch. Der Säugling erkrankt am Sommerdrehdurchfall und Krämpfen. Natürlich gefährliche Kinder sind vor Erkrankungen in heißen Sommerwochen geschützt als die Fischkinder. Besorgte Mütter neigen dazu, die Kinder zu warm einzupacken. Federbetten, Steppdecken und dergleichen stellen eine unerträgliche Belastung des Kindes dar, dem ein Hemdchen vollauf genügen würde. Noch besser ist es, das Kind nackt liegen zu lassen, an einen kühlen, luftigen Ort zu bringen und es öfter kühl abzuwaschen. Wenn es Durst hat, gebe man ihm abgekochtes kühles Wasser oder dünnen Tee. Brechdurchfall bei Säuglingen ist meist auf Ueberfütterung oder Ueberhitzung zurückzuführen.

Meerwunder auf deutscher Erde. Daß es in einer schönen deutschen Landschaft Naturdenkmäler gibt, die aus dem Meere stammen, wird von Dr. B. Dahm in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ hervorgehoben. In dem Labyrinth von Höhen und Tälern, Sümpfen und Heiden, Baisaltkegeln und Wäldern versteckt, ragen in der Eifel Korallenriffe auf, das schönste bei dem kleinen Luftort Gerolstein. Vor Hunderten von Jahrtausenden bauten Tierchen diese Formationen auf, als sich dort, wo heute Rhein und Mosel fließen, noch die warmen Wogen des Ozeans verbreiteten. Dem Meere entzogen die Tierchen die Korallen, den Kalk für ihre Stöcke, durchwühlten den Sand und Schlamm, den die Wellen über sie spülten, und bauten ihre Kolonien so immer höher empor, bis das Meer verödete und allmählich fruchtbares Land an seiner Stelle sich dehnte. So blieben im Gestein der Felswände baumstammähnliche Strukturen zurück, die als klobige Gebilde, felsamen Köpfen gleich, aus dem Kalk der Berge herauswüchsen. Nur am Rande des ehemaligen Riffes liegen noch heute auf den Aekern und an den Wiesenrändern diese Korallenstöcke unverfehrt neben Rucheln und Schneckenmuscheln und künden von dem uralten Meer, das einst hier wogte.

Die erste Uhr, die ein richtiges Uhrwerk aufwies, ist um das Jahr 1000 von einem französischen Münz mit Namen Gerodert erfunden worden; bis dahin kannte man nur Sonnenuhren.

G. Ricklin:

Der Bruder des Volkskommisars

Es ist noch früh am Tage. Denn es ist ja erst gegen 11 Uhr. Die Abteilungsleiter haben ihren Dienst noch nicht angetreten. Auch nicht deren Stellvertreter. Die Tippträufeln wämen sich noch eifrig dem Pudern ihrer Nasen.

Um diese Zeit betritt ein solider junger Mensch das Büro der soliden Behörde. Der junge Mensch hüpfelt leicht bescheiden, ordnet seine Krawatte, nähert sich dem Platte, wo unter dem Bilde Lenins sich aus dem Sportanzug im tiefen Klubsessel der kurz rasierte Kopf des Sekretärs erhebt. Doch einmal hüpfelt der junge Mensch. Ordnet aufs neue die Krawatte, lächelt angenehm und bittet den Sekretär, ihn dem Vorsitzenden der Abteilung zu melden.

Langsam versinkt die Hand des Sekretärs in der Tasche des Rockes und holt ein hölzernes Zigarettenetui hervor. Die andere Hand öffnet das Etui, entnimmt ihm eine Zigarette und stößt dreimal das Rundstück auf den Tisch. Schon steckt die Zigarette zwischen den Lippen des Sekretärs. Er entzündet ein Streichholz, es flücht ein und fliegt in den Papierkorb unter dem Tisch. Ein neues Streichholz flammt auf in grünlichem Licht. Der Sekretär runzelt die Stirn, er bringt die fache Hand vor die Nase. Langsam wird das grüne Flämmchen zur hellen Flamme. Der Sekretär raucht an, bläst ringelnden Rauch in die Luft, geradeswegs gegen das weiße Plakat mit der Aufschrift: „Verantwortlicher Sekretär“.

Zum dritten Male hüpfelt der Besucher. Der Sekretär hört es nicht. Denn der Sekretär ist ja beschäftigt. Der Sekretär hat keine Zeit, sich mit jedem Besucher abzugeben.

Der Besucher lächelt herablassend und beginnt: Er sei kein gewöhnlicher Besucher. Er sei eigens aus Moskau abkommandiert, um in dieser selben Behörde einen verantwortlichen Posten zu besetzen. Und ganz schlicht fügt er hinzu, er sei auch kein gewöhnlicher Sowjetbeamter, sondern der Bruder des Volkskommisars — er nennt einen Namen. — Der Name macht den Sekretär aufspringen. Mehr tot als lebendig. Vor lauter Schreck stellt er gleich zwei Stühle vor den Bruder des Volkskommisars hin.

Vergessen ist mit einem Male Rang und Würde der eigenen Person. Im Bewußt der Wichtigkeit seines wüsten Ranges vor dieser wichtigen Persönlichkeit schämt er, erregt sich, beginnt von Schwierigkeiten der Arbeit in der Provinz zu reden, legt ein noch unvollendetes strenges Zirkular mit fünfstelliger Nummer vor, das sämtliche Angelegenheiten verpflücht, pünktlich um 10 Uhr im Amt zu sein. Wenige Augenblicke später bittet er die wichtige Persönlichkeit ins Kabinett des Vorsitzenden, schließt das Fenster, damit es nicht zieht und legt den Geschäftsgang dar.

Panischer Schreck ergreift sämtliche Büroangestellte. Der Bruder eines Kommisars!

Man holt den Vorsitzenden. Die Kuriere rasen durch alle Räume. Die Besucher werden abgewiesen; man hat im Augenblick wichtigeres zu tun. Endlich erscheint der Vorsitzende, stellt sich dem Gast vor. Ausführlich klärt dieser ihn über den Zweck seiner Ankunft auf und berichtigt zum Schluß, er habe unterwegs sein Taschenbuch mit allen Papieren — einschließlich des Geldes — verloren. Der Vorsitzende drückt aus aller Kraft auf die elektrische Klingel. Der Sekretär erscheint, der vom Zentrum beorderte Genosse ist ins Amt einzusetzen, das beste Zimmer im Hotel ist ihm zur Verfügung zu stellen und Pferde. Ein Vorschuh auf das Gehalt ist zu gewähren, neue Ausweis-papiere vorzubereiten. Ihn zu Ehren ist ein Bankett zu veranstalten.

In kürzester Zeit ist alles besorgt. Jemand wird entlassen, die frei gewordene Stelle dem Ankömmling aus der Stadt zugewiesen.

Aus zwei Behörden kommen die jungen Damen gelaufen, um den Abgesandten der Hauptstadt — den Bruder des Kommisars — in Augenschein zur nehmen. Sie drücken ihm offen ihre Bewunderung aus:

„Dort bei Ihnen wird vorzüglich gearbeitet. Bei uns ober sich: es traurig aus. Nichts als Ein- und Ausgänge.“

Der neue Vorgelei erwidert sich bald die Sympathie sämtlicher Mitarbeiter durch aufrichtige Höflichkeit, zuvorkommendes Wesen, wunderbare Schlichtheit des Entgegenkommens. Das Mißgeschick, das den Bruder des Kommisars unterwegs betroffen hat, wird allgemein bekannt — man überbietet einander an Bereitwilligkeit, sein Geld zu verborgen. Es dauert nicht lange und der neue Mitarbeiter ist mit seiner Arbeit verwachsen. Nun macht er dem Vorsitzenden einen Schachzug:

„Schauen Sie mal wir müssen näher an die Massen heran wir müssen wissen, was unten vor sich geht ich beabsichtige eine Fahrt durch die Provinz zu unternehmen.“

Schleunigst trifft der Vorsitzende die Verordnung: eine Fahrkarte ist zu besorgen, Pferde. Ein Vorschuh ist anzusehen. So geht der Bruder des Volkskommisars auf Amkreisen.

Eine Woche vergeht, eine zweite — der neue Mitarbeiter läßt nichts von sich hören. Schon ist eine dritte Woche um, eine vierte. Da entschließt man sich zu einer telegraphischen Anfrage in Moskau. Die Antwort lautet: Aus dem Zentrum ist niemand an die vom Vorsitzenden genannte Institution abkommandiert worden und der genannte Volkskommisars hat nie einen Bruder besessen.

Eine Phantasie nach Gogol?
Oh! Nein! Eine Schilderung nach den Akten der Arbeiter- und Bauerninspektion von Homel.

Übertroffen aus dem Russischen von Geißa Rosenfeld

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Kinnel; Kultur: Ewert; Gesundheitswesen: Friedr. Götze; Illustration: Dr. John Schifowski; Voltaire und Goethe: Erik Harbitz; Anzeigen: Ed. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Schmidt-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 2, hierzu 2 Beilagen und „Jugendblätter“.

bedrohen, entziehen in einer schon veränderten Situation. Die Reichsregierung änderte ihre starre Haltung nur wenig in den allerletzten Stunden, indem sie sofortige Verhandlungen und Milderungen in der Ausführung der Notverordnung zusagte. Eine verantwortungsvolle Regierung hätte die Pflicht gehabt, eine solche überaus scharfe Zuspitzung des Konflikts — die unverantwortliche Haltung der Deutschen Volkspartei soll dabei allerdings nicht vergessen bleiben — zu vermeiden. Der Demissionsbeschluss war ein Hazardspiel und keine verantwortungsbewusste Regierungshandlung. Aber gerade dies bedeutet für die Zukunft.

Das heißt die ganze Verantwortung für die weitere Entwicklung der politischen Situation auf der Regierung und nur auf der Regierung lastet. Sie muß wissen und es als sicheren Faktor in ihre politische Rechnung einstellen, daß sie eine solche Situation nicht noch einmal herbeiführen darf, ohne die Schuld für alle Folgen auf sich und auf sich allein zu laden.

Die Sozialdemokratie hat die Regierung Brüning unter den schwersten Opfern toleriert. Wir haben eine Regierung toleriert, in der das Zentrum die politische Hauptverantwortung trägt, und von der wir erwarten konnten, daß in ihr das Zentrum gegen den Abbau der Sozialpolitik wenigstens einigen Widerstand leisten und den Weg nach rechts hemmen werde. Wir haben aber kein Interesse daran, aus der Regierung Brüning eine Diktatur Dingeldey, seiner Hintermänner und der dann bereitstehenden Nachfolger werden zu lassen. Die Regierung darf nicht mehr Konzessionen an die Sozialreaktionäre und an die Feinde der Demokratie machen, auch nicht auf die Gefahr, von rechts gestürzt zu werden. Tut sie es doch, so liegt die Verantwortung klar und sie liegt nicht bei der Sozialdemokratie. Dann fällt Brüning, dann fällt das Zentrum auf der reaktionären Front. Die Sozialdemokratie ist jetzt frei in den künftigen Entscheidungen.

Die politische Krise ist auch nach dem Beschluß der Reichstagsfraktion nicht behoben, all die Elemente, die sie bedingen, bleiben bestehen. Der Kampf um die Notverordnung muß fortgeführt werden und wieder wird die Entscheidung bei der Regierung liegen, sie wird wählen müssen, welchen Feind sie sich sucht.

Wir haben jeder schwer um die schwerste Entscheidung gerungen. Wir glauben, wir hoffen, die große Mehrheit der Fraktion hat richtig gewählt. Wir dürfen uns, wir dürfen den Massen sagen, daß wir uns in absehbar Schlimmes geschickt, um unabsehbar Schlimmeres zu vermeiden. Und wir dürfen trotz alledem vertrauen, daß wir verstanden werden. Wenn es in der Trostlosigkeit seit dem 14. September einen Lichtblick, eine Gewähr für die Zukunft geben hat, so war es doch dies: die Massen haben verstanden, was der Kampf um die Demokratie bedeutet. Trotz aller Prüfungen haben sie in bewundernswertem Idealismus das politische Ziel vor alles andere gesetzt. Wir haben unsere Geschlossenheit und Stoßkraft gestärkt, wir haben unsere Organisation geträufelt, mit neuem Leben erfüllt.

Und jetzt erst recht! Der Kampf gegen die Notverordnung ist zugleich Kampf gegen den Faschismus und für die Demokratie.

Er kann nicht im Parlament des Faschismus geführt werden, er kann nur geführt werden in den Massen selbst, in ihrer Aktivierung, in ihrer Gewinnung für die Partei und die Gewerkschaften. Die einen von uns fürchteten die Erschwerung dieses Kampfes durch die Tolerierung der Regierung, die anderen seine Erschwerung durch die Regierungstür. Aber all die Befürchtungen, wir werfen sie jetzt hinter uns und so dunkel der neue Tag anbricht, er ruft uns alle vereint und geschlossen zum neuen Kampf!

Prätorianerwache verschwindet. Uniformposten am Hitler-Palais verboten.

München, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Die Münchener Polizeidirektion hat endlich den schändlichen Unfug der uniformierten Bewachung des Hitler-Palais, der als eine fortgesetzte dreiste Herausforderung der Öffentlichkeit und der Staatsgewalt empfunden wurde, mit sofortiger Wirkung verboten. Das Verbot wurde auf Grund des § 8 der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen erlassen und unterliegt grundsätzlich das Tragen einheitlicher Kleidung und der Abzeichen von politischen Vereinigungen für Wach- und Ehrenposten aller Art. Außerdem wurde die Bezeichnung politischer Uniformierter an den täglich veranstalteten Ständemärschen im Ortsbereich München sowie das Tragen von Abzeichen verboten.

Die Münchener Universität ist immer noch geschlossen. Die gegen die nationalsozialistischen Studenten eingeleitete Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, so daß das Kultusministerium noch keine Entscheidungen zu der Sache getroffen hat. Da die große Mehrheit der Studentenschaft die unerhörten Ständemärsche der Holentzler auf das entschiedenste verurteilt und den Ausschreitungen fernsteht, soll die Universität in einigen Tagen wieder geöffnet werden. Inzwischen verbot die Polizeidirektion München eine öffentliche Versammlung der Holentzlerstudenten, in der die Hegearbeit der akademischen Hitler-Agitatoren fortgesetzt werden sollte.

Um die Regierung zu einer öffentlichen Stellungnahme zu den Nazi-Heerereien in der Universität zu zwingen, hat die sozialdemokratische Fraktion im Bayerischen Landtag eine Anfrage eingebracht, in der es heißt: „Wie lange gedenkt das Gesamtministerium als oberste Aufsichtsbehörde der seit Jahren betriebenen Verhöhnung der studentischen Jugend durch die nationalsozialistische Propaganda noch untätig zuzusehen? Ist sie endlich bereit, zum Schutze des Lehr- und Lernbetriebs an den bayerischen Hochschulen und zur Erhaltung ihres kulturellen Rufes rücksichtslos durchzugreifen?“

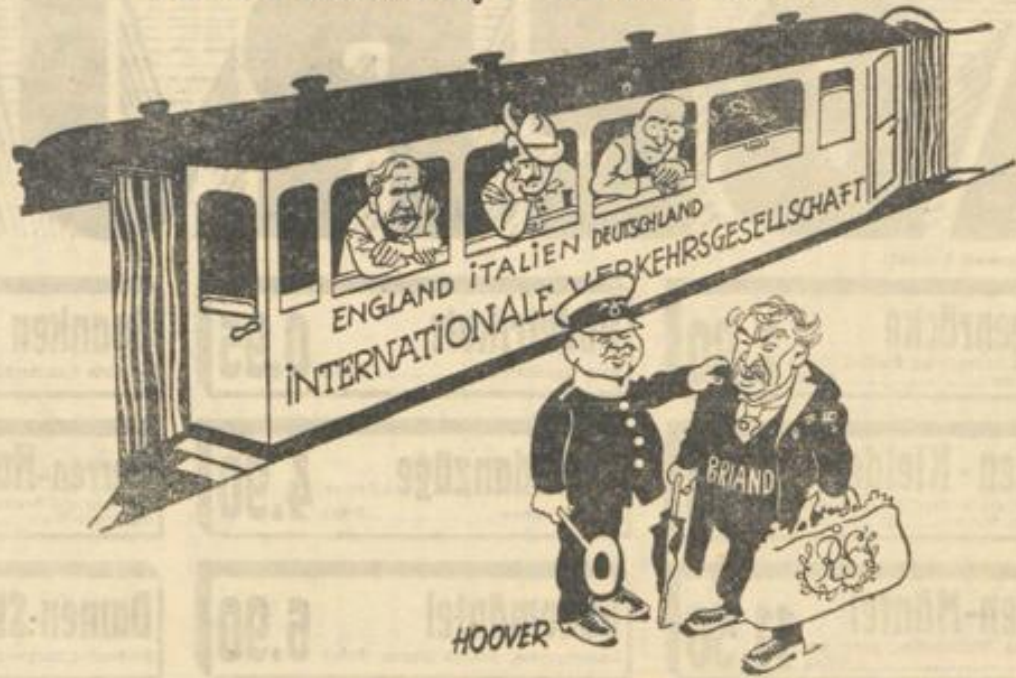
Verammlungsprenger vor Gericht. 6 Monate Gefängnis für M. Friseur.

Köln, 1. Juli. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Köln verurteilte am Mittwoch den Führer einer Nazi-Sturmkommando namens Winkeltemper zu 6 Monaten Gefängnis. Fünf Nationalsozialisten, die mit Winkeltemper zugleich vor Gericht standen, wurden freigesprochen.

Die Angeklagten hatten im März in einem Vorort von Köln eine Zentrumsversammlung gesprengt und bei dieser Gelegenheit ein Muttergottesbild zerstört. Mehrere Personen, darunter der Zentrumsredner, wurden erheblich verletzt. Die Angeklagten behaupteten vor Gericht, von den Zentrumsleuten gereizt und zum Teil auch angegriffen worden zu sein. Dagegen sagten die Zeugen mit Ausnahme der geladenen Nationalsozialisten übereinstimmend aus, daß Winkeltemper der Haupttäter war.

Bedenkliche Situation.



Zugführer Hoover: „Herr Briand, sehen Sie sich vor, daß Sie den Anschluß nicht verpassen.“

Die Schuld der Kommunisten.

Organisierte Angriffe gegen die Polizei. — Die Folgen des Mordes.

Die verlogenen Ausreden der kommunistischen Provokateure, die den Mord an dem Schupo-Beamten Kuhfeld auf dem Gewissen haben, vermögen die Schuld der kommunistischen Partei nicht zu verdecken. Die Zentrale der kommunistischen Partei verleugnet jetzt die Demonstration in der Frankfurter Allee, aber diese Verleugnung ist nicht das Papier wert, auf das sie gedruckt ist!

Die Polizei hat den kommunistischen Provokateuren der letzten Tage gegenüber große Langmut bewiesen. Die Polizeibeamten, die in der Frankfurter Allee eingesetzt wurden, haben sich gegen das Steinbombardement und die gegen sie abgefeuerten Revolverkugeln nicht mit der Schußwaffe zur Wehr gesetzt. Sie haben lediglich Schreckschüsse abgefeuert. Keiner der Demonstranten ist verwundet worden. Die dumme Lüge der kommunistischen Presse, daß Kuhfeld von seinen Kameraden erschossen worden sei, richtet sich demnach von selbst.

Die kommunistischen Angriffe gegen Polizeibeamte erfolgen planmäßig. Den preußischen Behörden sind in letzter Zeit wiederholt Rundschreiben kommunistischer Parteiorganisationen in die Hände gefallen, die für die Aktivität der Kommunisten auf dem Gebiete der Vorbereitung zu Gewalttätigkeiten außerordentlich aufschlußreich sind. In diesem Rundschreiben sind genaue Vorschriften über die Taktik bei der Durchführung von Demonstrationen enthalten. In einem der Rundschreiben heißt es, daß derartige Kundgebungen die Arbeiterschaft an den Kampf mit den staatlichen Machtorganen gewöhnen. Die einzelnen Arten der Demonstrationen werden je nach Lage der Dinge genau voneinander unterschieden.

Angeichts dieser Tatsachen wird aus dem preußischen Innenministerium darauf verwiesen, daß die Schupo-Beamten in Zukunft nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht

haben, sich mit der Schußwaffe ihrer Haut zu wehren, wenn sie angegriffen werden.

Der Mord an Kuhfeld.

Berechtigte Forderungen des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten.

Der Reichsbund Deutscher Polizeibeamten wendet sich mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

„Am Laufe weniger Tage sind zwei Berliner Polizeibeamte des Bereitschaftsdienstes von rachsüchtiger Hand gemordet worden. In Erfüllung ihrer Dienstpflichten für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Sicherung des republikanischen Staates setzen die Polizeibeamten täglich Gesundheit und Leben aufs Spiel. Bei allem Verständnis, das die Polizeibeamtenschaft der Notlage und der Verzweiflungstimmung vieler Volksteile entgegenbringt, muß sie ihren tiefsten Abscheu gegenüber jenen unverantwortlichen politischen Querstreibern zum Ausdruck bringen, die nunmehr seit Wochen eine wüste Hege gegen die Polizei betreiben und die daher die wirkliche Schuld an den zu beklagenden Todesopfern trifft.“

Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten verwahren sich dagegen, daß unter dem Deckmantel einer sogenannten politischen Arbeiterbewegung die in Not befindlichen Teile der Bevölkerung verhetzt und gegen die an dieser Not unerschütterlichen Polizeibeamten mobil gemacht werden. Sie selbst müssen trotz ihrer kümmerlichen Existenzbedingungen neue und schwere Opfer bringen. Die Mitglieder des Reichsbundes Deutscher Polizeibeamten haben durch ihre Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Beamtenschaft wiederholt ihre Solidarität mit den Massen des Volkes, der Arbeiter und Angestellten, bewiesen. Sie zählen sich zu den treuesten Dienern des republikanischen Volksstaates. Diese ihre Einstellung gibt ihnen das Recht, mit allem Nachdruck zu verlangen, daß dem überhandnehmenden unverantwortlichen Treiben politischer Drahtzieher ein Ende gemacht wird. Wir erwarten daher von allen Länderregierungen, daß sie sofort die erforderlichen Vorkehrungen treffen.“

Verfassungsfeier 1931.

Beschluß des preußischen Staatsministeriums.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, den diesjährigen Verfassungstag wie in den vergangenen Jahren zu feiern. Er soll im geistigen Zeichen des Freiherrn vom Stein stehen, dessen Todestag sich am 29. Juni zum 100. Male gedenkt hat. Die Verfassungsfeier sind deshalb unter Aufrechterhaltung ihres Charakters bei Beobachtung der durch die allgemeine Wirtschaftslage gebotenen Sparsamkeit in dem Sinne auszugestalten, daß sie zugleich dem Wert und den schöpferischen Ideen des großen Staatsmannes und deren Verbundenheit mit der deutschen Gegenwart gelten.

Ferner werden durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums folgende Anordnungen getroffen:

Die Beflaggung öffentlicher Gebäude erfolgt nach den Bestimmungen der Verordnung über das öffentliche Flaggenn. An allen Orten, wo mehrere Spitzenbehörden vorhanden sind, sollen möglichst gemeinsame Feiern vorbereitet werden. Zu den Feiern sind Vertreter aller Kreise der Bevölkerung heranzuziehen.

Sämtliche Staatsbeamte, die staatlichen Angestellten und Lohnempfänger sowie die Vertreter der Selbstverwaltungskörper sind durch die Vorstände der Behörden zu den Festatten einzuladen. Von den Staatsbeamten wird erwartet, daß sie sich an den Festatten beteiligen.

Empfohlen wird ferner, außerhalb der amtlichen Verfassungsfeier durch Anregung geeigneter Veranstaltungen in der Bevölkerung für eine möglichst vollstündliche Feier des Verfassungstages Sorge zu tragen. Hierfür kommen insbesondere auch Spiel- und sportliche Veranstaltungen aller Art in Betracht, soweit sie nicht bereits in Aussicht genommen sind.

Preußen und die Ländergesandten.

Aufräumung mit vorantastlichen Zuständen.

Ministerpräsident Otto Braun hat vor ungefähr einer Woche denjenigen deutschen Ländern, die noch Gesandte bei Preußen unterhalten, mitgeteilt, daß es nach der Beilegung der preussischen Gesandtschaft in München scheine, als ob dieses System jetzt

endgültig überlebt sei. Es ist damit zu rechnen, daß die völlige Beseitigung dieser Einrichtung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird.

Vor dem Kriege waren alle ausländischen sowie die innerdeutschen Gesandten nicht beim Reich, sondern beim König von Preußen akkreditiert. Nach der Revolution änderte sich das. Lediglich die deutschen Länder unterhielten auch weiterhin bei Preußen Gesandte. Bis zur gestrigen erfolgten Abberufung des bayerischen Gesandten von Preger aus Preußen unterhielten nicht weniger als zwölf Länder bei Preußen Gesandte. Braunschweig und Anhalt sind durch einen gemeinsamen Gesandten vertreten. Neben Bayern hat zur Zeit lediglich Thüringen seinen eigenen Gesandten mehr in Berlin. Preußen selbst hat keinen einzigen Gesandten mehr bei den Ländern.

Fatales Eingeständnis.

Goebbels und der militärische Zusammenbruch.

In Goebbels „Angriff“ vom Mittwoch findet sich eine Abhandlung über den Nazigeneral Litzmann, einem der wildesten Heer in Hitlerlager.

Nach eingehender Lebensbeschreibung und Aufzählung der kriegsrischen Taten des Generals wird ausgeführt, daß Litzmann im August 1918 den Kaiser aus Gesundheitsgründen um Ablösung gebeten habe. In dem Artikel heißt es dann wörtlich weiter:

„So war es ihm erspart, den Zusammenbruch des militärischen Widerstandes an Ort und Stelle zu erleben.“

Da schlag doch der Teufel drein! Die ganze Dolchstoß-Legende geht ja hier zu Bruch. Wozu hat sich eigentlich der alte Litzmann in Dutzenden von Naziverfassungen bei der Darstellung der „Erdolchung des siegreichen Heeres“ und „des roten Verrats“ heiser geredet, wenn ihm in Goebbels „Angriff“ schwarz auf weiß beheimlicht wird, daß er in Frankreich nur mit knapper Mühe und Rot dem „militärischen Zusammenbruch an Ort und Stelle“ entgangen sei.

